

ABHANDLUNGEN

Die Struktur des Brester Systems: Potential, Beteiligte, Grundbedingungen und Entwicklungsprobleme

von Leontij V. Lannik

Die einzelnen 1917/18 zwischen Deutschland und seinen Verbündeten und den diversen Nachfolgestaaten des Russischen Reichs und Rumänien sowie zwischen den Mittelmächten geschlossenen Verträge und Abkommen hängen zweifellos miteinander zusammen. Auch wenn dies keineswegs heißt, dass diese Verträge frei von Widersprüchen und immer aufeinander abgestimmt gewesen wären, spricht doch vieles dafür, sie alle zusammen als ein einheitliches System der nach der Aufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litovsk (3. Dezember 1917) zu regelnden internationalen Beziehungen zu betrachten, dessen Entwicklung durch die abrupten und teils chaotischen Verschiebungen der auf dem Gebiet des früheren Russischen Reiches bestehenden Kräfteverhältnisse sowie den wechselhaften Verlauf des Ersten Weltkriegs und die daraus folgende Dauerkrise geprägt war. Der Rückbau dieses Systems vollzog sich angesichts des Zusammenbruchs der Mittelmächte, der nach dem Ende des Ersten Weltkriegs unter neuen Vorzeichen fortgesetzten Kriegshandlungen und einer Reihe von Revolutionen in den Ländern Europas unter noch chaotischeren Umständen. Offensichtlichster Ausdruck des Zusammenbruchs des Brester Systems war der von Ende 1918 bis Sommer 1919 erfolgende Abzug der im Weltkrieg besieigten Interventionsmächte aus den besetzten Gebieten und die damit einhergehende aktivere Einnischung der Länder der Entente in den auf dem Gebiet des früheren Russischen Reiches fortgesetzten Krieg. Mittelbar wirkte das Brester System insbesondere in Osteuropa auch noch in den Jahren 1920 bis 1922 fort, bis die deutsch-russischen Beziehungen im Rahmen des Rapallovertrags vom 16. April 1922 auf eine grundsätzlich neue Grundlage gestellt wurden.

Was die Begrifflichkeiten betrifft, sollte man mit Blick auf die von den Mittelmächten, Sowjetrussland und der Ukraine geschaffene Ordnung von einem Brester und nicht etwa von einem Brest-Bukarester System sprechen, da dessen Grundlagen durch die beiden am 9. Februar und 3. März 1918 in Brest-Litovsk mit der Ukrainischen Volksrepublik bzw. mit Sowjetrussland geschlossenen Friedensverträge gelegt wurden. Diese sind hinsichtlich ihrer Bedeutung zumindest vergleichbar, wenn auch nicht vollständig gleichzusetzen, während alle folgenden Verträge einschließlich des formal völlig eigenständigen, am 7. Mai 1918 unterzeichneten Vertrags von Bukarest ohne den Abschluss der beiden ersten nicht denkbar gewesen wären. Mit anderen Worten: Ohne Brest bzw. ohne jeden der beiden in Brest-Litovsk geschlossenen Verträge hätte sich das System nicht herausbilden und folglich auch der Frieden von Bukarest nicht geschlossen werden können, während umgekehrt kaum davon auszugehen ist, dass der Abschluss eines Separatfriedens der Mittelmächte mit der Ukraine oder mit Sowjetrussland durch das Ausbleiben eines Vertrags mit Rumänien nachhaltig gestört worden wäre. In einem solchen angesichts der geografischen Gegebenheiten und der realen militärischen Möglichkeiten Rumäniens höchst unwahrscheinlichen Fall wäre das Brester System vielleicht weniger abgerundet gewesen, aber allenfalls vorübergehend

beeinträchtigt worden. Brest machte Bukarest unausweichlich, während Russland auch nach einem Kriegsaustritt Rumäniens nicht zum Friedensschluss mit den Mittelmächten gezwungen gewesen wäre – schon gar nicht zu den in Brest-Litovsk aufgezwungenen Bedingungen.

Die Verwendung des Begriffs „Brester System“ hat sich in der Geschichtswissenschaft einstweilen nicht etabliert, wie überhaupt die gesamte Brester Ordnung nur selten als zusammenhängendes System analysiert wird, was nicht zuletzt durch die Besonderheiten der dieses Thema betreffenden Forschungsgeschichte insbesondere in den von der Brester Ordnung betroffenen Ländern begründet ist. Bis heute wird es für möglich gehalten, sich auf die Erforschung jener die internationalen Beziehungen regelnden Systeme zu beschränken, die im europäischen oder globalen Kontext recht lange Bestand hatten (Wiener Kongressordnung mitsamt seinen in den Pariser und Berliner Verträgen enthaltenen Korrekturen; Versailler bzw. Washingtoner Ordnung, Jalta), und auf eine Analyse der nur vorübergehend geltenden oder erst gar nicht in Kraft getretenen Systeme zu verzichten, was intuitiv absolut nachvollziehbar, methodisch aber nichtsdestotrotz nicht ganz korrekt ist. Besonders deutlich treten die Folgen eines solchen Ansatzes in der heutigen Geschichtsschreibung zutage, in der das Interesse, den „Brester Raum“ in seinem Gesamtzusammenhang zu analysieren, im gleichen Maße abnimmt, wie die Zahl der auf diesem Territorium bestehenden unabhängigen Staaten zunimmt. War schon seit Längerem eine Dominanz regional oder gar lokal orientierter Arbeiten zu verzeichnen, kann man heute von einer geradezu offenen Weigerung sprechen, den postimperialen Raum aus der Perspektive der imperialen Akteure zu analysieren, was eher politisch-ideologisch als wissenschaftlich motiviert sein dürfte. Ohne die Rolle der regionalen Fragen gewidmeten Forschungsarbeiten für die Erschließung einer Reihe zuvor unbekannter oder aus verschiedenen Gründen ignorierte Nuancen in irgendeiner Weise schmälern zu wollen, ist doch zu konstatieren, dass diese das Fehlen einer global ausgerichteten Analyse nicht kompensieren können.

Es ist festzuhalten, dass die große Masse der für die Analyse sowohl des Brester Systems an sich als auch einzelner seiner Aspekte relevanten Dokumente bereits Mitte der 1960er bis Anfang der 1970er Jahre in der UdSSR¹, in der DDR² und in der BRD³ sowie

- 1 Vgl. z.B. die in der UdSSR erschienene Serie regionaler Publikationen: *Bor'ba za sovetSKUju vlast' v Belorussii* [Der Kampf für die Sowjetmacht in Belarus]. Dokumentensammlung in 2 Bänden, Minsk 1968; *Bor'ba za sovetSKUju vlast' v Litve 1918–1920 gg.* [Der Kampf für die Sowjetmacht in Litauen in den Jahren 1918–1920], Vil'njus 1967; I.K. Rybalka (Hrsg.): *Graždanskaja vojna na Ukraine 1918–1920 gg.* [Der Bürgerkrieg in der Ukraine in den Jahren 1918–1920]. Dokumenten- und Materialsammlung: 3 Bücher, 4 Bd., Kiev 1967 u.a.
- 2 Vgl. z.B. den bis heute einzigartigen, auf den Materialien der deutschen Besatzungsverwaltung basierenden Sammelband: *Militarismus gegen Sowjetmacht 1917 bis 1919. Das Fiasko der ersten antisowjetischen Aggression des deutschen Militarismus*, Berlin 1967. Von herausragender Bedeutung ist auch das von Historikern der UdSSR und der DDR betriebene Gemeinschaftsprojekt: *Sovetsko-germanskie otnošenija ot Oktjabr'skoj revoljucii do zaključenija Rapall'skogo dogovora, v 2. t.* [Die sowjetisch-deutschen Beziehungen von der Oktoberrevolution bis zum Rapallovertrag, in 2 Bd.]. T. 1.: *Ot Oktjabr'skoj revoljucii do konca 1918 g.* [Bd. 1: Von der Oktoberrevolution bis Ende 1918]. Moskva 1968; Bd. 2: 1919–1922, Moskva 1971.
- 3 Vgl. auch: *Der Friede von Brest-Litovsk: Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages*, bearbeitet von Werner Hahlweg, Düsseldorf 1971; Kurt Riezler: *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, eingeleitet u. hrsg. von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972. Eine besondere Stellung neh-

in einigen anderen Ländern⁴ erschlossen wurde. Aus Anlass des 50. Jahrestags der Revolutionen und des Zusammenbruchs der europäischen Großreiche sowie im Zuge der europaweit wirkenden, von Fritz Fischer und seinen Schülern entfachten Kontroverse wurden Dutzende Monografien, Artikel und Dokumentenbände veröffentlicht,⁵ deren Aufarbeitung nicht nur viele Jahre in Anspruch nahm, sondern auch eine Koordinierung der Anstrengungen erforderlich machte, die unter den Bedingungen des Kalten Kriegs fast unmöglich war.⁶ Hinzu kam, dass die meisten Publikationen politisch voreingenommen waren und eine entsprechend tendenziöse Auswahl der veröffentlichten Dokumente aufwies, was ihre Verbreitung, Übersetzung und offene Nutzung auf der jeweils anderen Seite des Eisernen Vorhangs stark einschränkte. Bezeichnenderweise wurde die Quellenbasis der aus Ost und West stammenden Historiker selbst nach dem Wegfall dieser politischen Hindernisse Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre ungeachtet eines ungebrochenen Interesses für die Geschichte der Jahre 1914 bis 1922 nur teilweise und auch nur vorübergehend zusammengeführt.⁷ Einen etwas größeren Effekt hatte die „Entdeckung“ bzw. Neuveröffentlichung zahlreicher von Emigranten verfasster geschichtswissenschaftlicher Arbeiten im postsowjetischen Raum. Eine neue Welle von Publikationen, die mit der 20 Jahre zuvor erfolgten zu vergleichen gewesen wäre, blieb allerdings aus, obwohl die Erschließung neuer Forschungsfelder, neue geschichtswissenschaftliche Ansätze sowie die durch die Entstehung neuer Nationalstaaten inspirierten Forschungsarbeiten⁸ und gemeinsamen Quellenveröffent-

- men die von Winfried Baumgart herausgegebenen Artikel und Dokumentenveröffentlichungen ein, darunter deren größte: Winfried Baumgart (Hrsg.): *Von Brest-Litowsk zur deutschen Novemberrevolution*. Aus den Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen von Alfons Paquet, Wilhelm Groener und Albert Hopman, März bis November 1918, Göttingen 1971.
- 4 Vgl. z.B.: Theophil Hornykiewicz (Hrsg.): *Ereignisse in der Ukraine 1914–1922*. Deren Bedeutung und historische Hintergründe. 4 Bde., Philadelphia, PA 1966–1969.
- 5 Hinsichtlich der regionalen Aspekte von Brest und den Folgen der Annexionen ist zu verweisen auf: Hans-Erich Volkmann: *Die deutsche Baltikumpolitik zwischen Brest-Litowsk und Compiègne*. Köln u.a. 1970; Marianne Bienhold: *Die Entstehung des litauischen Staates in den Jahren 1918–1919 im Spiegel deutscher Akten*, Bochum 1976; Werner Zürer: *Kaukasien 1918–1921*. Der Kampf der Großmächte um die Landbrücke zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer, Düsseldorf 1978; Wolfdieter Bihl: *Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte*. Teil II: *Die Zeit der versuchten kaukasischen Staatlichkeit (1917–1918)*, Wien u.a. 1992.
- 6 Eine der besten Arbeiten: Richard K. Debo: *Revolution and Survival*. The Foreign Policy of Soviet Russia 1917–1918, Toronto 1979; ders.: *Survival and Consolidation*. The Foreign Policy of Soviet Russia 1918–1921, Montreal 1992.
- 7 Vgl. z.B.: Jurij G. Fel'stinskij: *Krušenie mirovoj revoljucii* [Das Scheitern der Weltrevolution], Moskva 1992; Dietmar Wulff: A.A. Joffe und die russische Außenpolitik 1918. Unveröffentlichte Dokumente, in: *Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte* 2 (1995), H. 1, S. 209–247; H. 2, S. 223–266; 3 (1996), H. 2, S. 267–304; Karl von Bothmer [Karl von Bothmer]: *S grafom Mirbachom v Moskve* [Mit Graf Mirbach in Moskau], hrsg. von Jurij G. Fel'stinskij, Moskva 2004.
- 8 Einen wichtigen Durchbruch markierte die von Irina V. Michutina verfasste Arbeit: Irina V. Michutina: *Ukrainskij Brestskij mir*. Put' vychoda Rossii iz Pervoj mirovoj vojny i anatomija konflikta meždu Sovnarkomom RSFSR i pravitel'stvom Ukrainskoj Central'noj Rady [Der ukrainische Friedensvertrag von Brest-Litovsk. Der Weg des Austritts Russlands aus dem Ersten Weltkrieg und die Anatomie des Konflikts zwischen dem Rat der Volkskommissare der RSFSR und der Regierung der Ukrainischen Zentralrada], Moskva 2007. Eine Neubewertung der Rolle des Zerfalls Österreich-Ungarns bei der Neuordnung Europas: Elisabeth Kovács: *Untergang oder Rettung der Donaumonarchie?* Bd. 1: *Die Österreichische Frage*. Kaiser und König Karl I. (IV.) und die

lichungen⁹ genug Anlass dazu geboten hätten. In den Nullerjahren setzte sich die Tendenz zu thematischer Fragmentierung und einseitiger Schwerpunktsetzung fort. Zugleich sank das Interesse an ausländischen Quellen und in den einzelnen Nationalsprachen veröffentlichten Monografien und Materialien¹⁰ in einem solchen Maße, dass ein allgemeines, überregionales und strategisches Bild der Ereignisse verloren zu gehen drohte, was wiederum eine Zunahme von sachlichen Fehlern und unzulässigen Vereinfachungen und Fehlschlüssen nach sich zog.

Die Folgen des Zusammenbruchs der UdSSR und der damit einhergehenden Welle neuer politischer Konflikte wurden nur teilweise durch Integrationsprozesse und die neuen technischen Möglichkeiten des Informationsaustauschs kompensiert. Die zunehmende Verdrängung der zuvor dominierenden deutsch- und russischsprachigen Arbeiten durch englischsprachige und in den Sprachen der postsowjetischen Republiken verfasste Arbeiten hatte zur Folge, dass zahlreiche sowohl thematisch als auch hinsichtlich ihrer Quellenbasis exklusive Arbeiten (in der Regel unabsichtlich) ignoriert wurden. Negativ wirkte sich auch die Tatsache aus, dass zahlreiche in der Zwischenkriegszeit verfasste Arbeiten und insbesondere die „Geschichtsschreibung des Generalstabs“ lange Zeit vernachlässigt und schließlich „vergessen“ wurden, die ungeachtet all ihrer Mängel¹¹ meist nicht ignoriert werden dürfen, da es bis heute keine Alternativen zu diesen Arbeiten gibt und es in vielen Fällen nur darum geht, das vorhandene Material zu ergänzen und Lücken zu schließen,¹² was sicherlich mehr als ein Jahrzehnt in Anspruch nehmen wird.¹³ Die von vielen heutigen Historikern an den Tag gelegte Haltung, Arbeiten, deren „Haltbarkeitsdatum“ abgelaufen ist, „automatisch“ als nicht mehr aktuell anzusehen, ist angesichts der unzureichenden Aufarbeitung des entsprechenden Materials und des allgemeinen Niedergangs der militärhistorischen Forschung¹⁴ kaum zu rechtfertigen. Angesichts einer solchen Situation droht ein „Wieder-

Neuordnung Mitteleuropas (1916–1922), Wien u.a. 2004. Als größere Forschungsarbeiten zur Geschichte der Armeen der neugegründeten Staaten siehe z.B.: Jaroslav Ju. Tynčenko: *Oficers'kyj korpus Armii Ukraïns'koï Narodnoï Respubliky (1917–1921)*. V 2 kn. [Das Offizierskorps der Armee der Ukrainischen Volksrepublik (1917–1921). In 2 Büchern], Kyïv 2007–2011.

- 9 Siehe z.B.: Ol'ga K. Ivancova u.a. (Hrsg.): *Getman P.P. Skoropadskij. Ukraina na perelome. 1918 god [Hetman P.P. Skoropadskij. Die Ukraine am Wendepunkt. 1918]*, Moskva 2014; Michail V. Zelenov, Nikolaj A. Lysenkov u.a. (Hrsg.): *Rossija i Finljandija. Ot protivostojanija k miru. 1917–1920 gg. [Russland und Finnland. Von der Konfrontation zum Frieden. 1917–1920]*, Moskva 2017.
- 10 Ein durch die Verbindung dieser Vorzüge und Mängel höchst anschauliches Beispiel ist die auf umfangreichem Archivmaterial basierende Arbeit Aleksandr S. Pučenkov: *Ukraina i Krym v 1918 – načale 1919 g. Očerki političeskoj istorii [Die Ukraine und die Krim 1918 – Anfang 1919. Grundrisse der politischen Geschichte]*, Moskva u.a. 2013.
- 11 Siehe ausführlicher: Markus Pöhlmann: *Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik. Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914–1956*, Paderborn 2002.
- 12 Just mit diesem Ziel wurde vor wenigen Jahren der bereits vor dem Zweiten Weltkrieg geschriebene 2. Ergänzungsband zur Geschichte des deutschen Eisenbahnwesens herausgegeben. Siehe: Horst Rohde (Hrsg.): *Das deutsche Feldeisenbahnwesen. Bd. 2*, Hamburg u.a. 2010.
- 13 Siehe z.B.: Gerhard Paul Groß: *Die Seekriegsführung der Kaiserlichen Marine im Jahre 1918*. Frankfurt a.M. u.a. 1989.
- 14 Siehe z.B.: Jörg Echternkamp (Hrsg.): *Perspektiven der Militärgeschichte: Raum, Gewalt und Repräsentation in historischer Forschung und Bildung*, München 2010; Thomas Schneider: „Nach Rußland. Da ist ja kein Krieg mehr“. Vom Verschwinden der Ostfront aus dem deutschen kulturel-

aufflammen“ eigentlich längst geklärt, erbitterter Kontroversen zu Fragen, in denen die Argumente schon vor einem halben Jahrhundert ausgetauscht wurden. Als Beleg mag der von Christopher Clarks „Schlafwandlern“¹⁵ ausgelöste, europaweit virulente Streit dienen, der plötzlich auf das Niveau der in den 1920er und 1930er Jahren geführten Diskussionen zurückfiel.¹⁶

Selbstverständlich lassen sich zahlreiche Arbeiten nennen, die einzelnen für die Analyse des Brester Systems wichtigen Aspekten gewidmet sind: Veröffentlichungen offizieller Dokumente aus den Archiven verschiedener Länder,¹⁷ Biografien und Nachlässe diverser Militärvertreter¹⁸ und Diplomaten¹⁹ (auch wenn deren Schwerpunkt meist nicht auf den Ereignissen von 1918/19 liegt), der Geschichte des Kriegsalltags, der Besatzung²⁰,

- len Gedächtnis, in: Bernhard Bachinger, Wolfram Dornik (Hrsg.): *Jenseits des Schützengrabens. Der Erste Weltkrieg im Osten: Erfahrung – Wahrnehmung – Kontext*, Innsbruck u.a. 2013.
- 15 Clark Christopher: *The Sleepwalkers: How Europe Went to War in 1914*, London 2012 (dt.: *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013).
- 16 Auswahl von Rezensionen dazu: Jürgen Angelow: *Aktuelle Darstellungen und Perspektiven zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, in: *Historisches Jahrbuch* 135 (2015), S. 569-583; Jakob Müller: *Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 13 (2014), S. 237; Alexander Reichwein: *Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, in: *Berliner Debatte Initial* 25 (2014), H. 2, S. 157-163; Daniel Marc Segesser: *Christopher Clark: The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914*, in: *Historische Zeitschrift* 298 (2014), S. 836-839; Klaus Wernecke: *Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 62 (2014), H. 1, S. 77-79; Siegfried Weichlein: *Schlafwandler und Mehlschieber. Neue Literatur zum Ersten Weltkrieg*, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 67 (2017), S. 231-263.
- 17 Siehe z.B. die umfangreichen Veröffentlichungen ukrainischer Dokumente: Valerij A. Smolij, Vladyslav F. Verstjuk u.a. (Hrsg.): *Ukraïns'ka Central'na rada. Dokumenty i materialy: u 2 t. [Die Ukrainische Zentralrada. Dokumente und Materialien: in 2 Bd.]*, Kyïv 1996–1997; Oleksij I. Lupandin u.a. (Hrsg.): *Myrni perehovory miž Ukraïns'koju Deržavoju ta RSFRR 1918 r. Zbirnyk dokumentiv i materialiv [Die Friedensverhandlungen zwischen dem Ukrainischen Staat und der RSFSR im Jahr 1918. Dokumenten- und Materialsammlung]*, Kyïv u.a. 1999.
- 18 Siehe: Johannes Hürter (Hrsg.): *Paul von Hintze. Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär. Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik, 1903–1918*, München 1998; Albert Hopman: *Das ereignisreiche Leben eines ‚Wilhelminers‘. Tagebücher, Briefe, Aufzeichnungen*. Hrsg. von Michael Epkenhans, München 2004; Manfred Nebelin: *Ludendorff: Diktator im Ersten Weltkrieg*, München 2010. Bezeichnenderweise gibt es z.B. weder eine angemessene aktuelle Biografie Hans von Seeckts, die sich nicht allein auf seine Tätigkeit in der Reichswehr bezieht, noch eine Übersetzung der älteren Biografien ins Russische.
- 19 Siehe z.B.: Winfried Becker (Hrsg.): *Frederic von Rosenberg. Korrespondenzen und Akten des deutschen Diplomaten und Außenministers 1913–1937*, München 2011; Peter Hahn: *Mumm. Alfons Mumm von Schwarzenstein – Diplomat, Photograph & anders als die Anderen*, Badenweiler 2012; Winfried Baumgart (Hrsg.): *Botschafter Rudolf Nadolny. Rußlandkenner oder Rußlandversteher? Aufzeichnungen, Briefwechsel, Reden 1917–1953*, Paderborn 2017.
- 20 Siehe: Vejas G. Liulevicius: *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I*, Cambridge 2000; Peter Lieb: *Aufstandsbekämpfung im strategischen Dilemma. Die deutsche Besatzung in der Ukraine 1918*, in: Wolfram Dornik, Stefan Karner (Hrsg.): *Die Besatzung der Ukraine 1918. Historischer Kontext – Forschungsstand – wirtschaftliche und soziale Folgen*, Graz 2008, S. 111-140; Wolfram Dornik (Hrsg.): *Die Ukraine zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–1922*, Graz 2011.

der Kriegsgefangenschaft²¹ oder der Flüchtlinge²² gewidmete Forschungsarbeiten, Artikel zur Geschichte bedeutsamer Ereignisse und Vorfälle²³ sowie einzelne Neuauflagen oder Übersetzungen älterer Forschungsarbeiten.²⁴ Nichtsdestotrotz ist kaum zu leugnen, dass in den letzten 15 Jahren, abgesehen von ausgeprägt publizistischen Arbeiten oder gar unwissenschaftlicher Belletristik, weder in Deutschland noch in Russland, in der Ukraine oder in Österreich auch nur eine einzige größere Arbeit verfasst wurde, die das Brester System aus der Perspektive auch nur eines der Hauptakteure analysiert.²⁵ Dies sticht umso mehr ins Auge, wenn man bedenkt, dass zugleich zahlreiche heroisierende nationale Versionen der Entstehung der Nachfolgestaaten des Russischen Reichs verfasst wurden, die sich auf jene Quellen oder Themenschwerpunkte stützen, die die sowjetische Geschichtsschreibung ohne vorherige Analyse verschwiegen oder verurteilt hat. Als Muster²⁶ diente dabei sowohl hinsichtlich der Herangehensweise und Auswahl des Materials als auch mit Blick auf den emotionalen Grundtenor vielfach die recht umfangreiche polnische Historiografie.²⁷ Höchst besorgniserregend ist auch der Umstand, dass die russische Geschichtsschreibung

- 21 Hannes Leidinger, Verena Moritz: *Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920*, Wien u.a. 2003; Oksana S. Nagornaja: *Drugoj voennyj opyt. Rossijskie voennoplennyye Pervoj mirovoj vojny v Germanii (1914–1922)* [Die andere Kriegserfahrung. Russische Kriegsgefangene in Deutschland (1914–1922)], Moskva 2010.
- 22 Siehe z.B.: Ljubov M. Žvanko: *Biženstvo Peršoi svitovoï vijny v Ukraïni. Dokumenty i materialy (1914–1918 rr.)* [Flucht während des Ersten Weltkriegs in der Ukraine (1914–1918)], Charkiv 2010; Tomas Balkelis: *Nation-building and World War I Refugees in Lithuania, 1918–1924*, in: *Journal of Baltic Studies* 34 (2003), H. 4, S. 432–456.
- 23 Siehe z.B.: Reinhard Nachtigal: *Krasnyj Desant: Das Gefecht an der Mius-Bucht. Ein unbeachtetes Kapitel der deutschen Besetzung Südrußlands 1918*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 53 (2005), H. 2, S. 221–246.
- 24 Siehe z.B.: Oleg Fedjušin [Oleh S. Fedyshyn]: *Ukrainskaja revoljucija 1917–1918* [Die Ukrainische Revolution 1917–1918], übersetzt von L.A. Igorevskij, Moskva 2007; *Opisanie poslevoennykh boev germanskich vojsk i frajkorov. Vyvod vojsk s Vostoka* [Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Die Rückführung des Ostheeres], aus dem Deutschen übersetzt und kommentiert von Leontij V. Lannik, Moskva 2014; *Boi v Pribaltike, 1919 god* [Der Feldzug im Baltikum, 1919], aus dem Deutschen übersetzt und kommentiert von Leontij V. Lannik, Moskva 2017; Fric Fišer [Fritz Fischer]: *Ryvok k mirovomu gospodstvu. Politika voennykh celej kajzerovskoj Germanii v 1914–1918 gg.* [Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–1918], aus dem Deutschen übersetzt und kommentiert von Leontij V. Lannik, Moskva 2017.
- 25 Ein indirekter Beleg für fehlende Alternativen zu dieser über ein halbes Jahrhundert alten, bis heute nicht ins Russische übersetzten Arbeit ist ihre Open-Access-Neuveröffentlichung durch die Universität Mainz. Siehe: Winfried Baumgart: *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, Wien u.a. 1966; Nachdr. Mainz 2010.
- 26 Siehe z.B.: Georgij Mamulia: *Kavkaz i deržavy Četvernogo sojuza v 1918 g.* [Der Kaukasus und die Mächte des Viererbunds im Jahr 1918], in: *Nowy Prometeusz* 5 (2013), S. 175–208.
- 27 Diese weist ihrerseits einige weiße Flecken auf und schenkt z.B. dem Regentenrat und dem pro-deutschen Teil der polnischen Elite (Bogdan von Hutten-Czapski u.a.) kaum Aufmerksamkeit, behandelt dafür aber die Entstehung der polnischen Armee und die polnische Beteiligung an den Kampfhandlungen der verschiedenen im postimperialen Raum geführten Kriege umfassend. Siehe z.B.: Mieczysław Wrzosek: *Polski czyn zbrojny podczas pierwszej wojny światowej 1914–1918* [Die polnische Kriegshandlung während des Ersten Weltkriegs 1914–1918], Warszawa 1990; Włodzimierz Mędrzecki: *Niemiecka interwencja militarna na Ukrainie w 1918 roku* [Die deutsche Militärintervention in der Ukraine 1918], Warszawa 2000; M. Volos [Mariusz Wołos]: *Pol'skaja*

zunehmend ihre postsowjetische Ausrichtung einbüßt und immer öfter auf Methoden und Denkmuster der Sowjetzeit zurückgreift. Natürlich konnte man hoffen, dass der 100. Jahrestag der Unterzeichnung der Verträge von Brest-Litovsk und des Endes des Ersten Weltkriegs die geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Thematik spürbar beleben würde. Doch ist nach wie vor kaum damit zu rechnen, dass das Brester System ohne politische Voreingenommenheit und unter Berücksichtigung des in den letzten Jahrzehnten angehäuften Wissens analysiert werden wird, was voraussetzen würde, die geschichtswissenschaftliche Fragmentierung zu überwinden und das von den einzelnen nationalen Historikern zusammengetragene Material (durch Übersetzungen und Rezensionen) für alle zugänglich zu machen.²⁸ Einer der wichtigsten in diese Richtung führenden Zwischenschritte ist die weitere Vertiefung der der Koalitionsstrategie insbesondere der Mittelmächte gewidmeten Forschung.²⁹ Angesichts der offensichtlichen Erfolge der Erforschung bilateraler Beziehungen mithilfe der heute so populären Verflechtungsgeschichte ist es Zeit, mit diesem Ansatz auch kompliziertere Systeme zu untersuchen.

Auch wenn es den Anschein haben mag, dass das Brester System eine nur regionale, auf Osteuropa beschränkte Bedeutung hatte, barg es doch den Keim einer künftigen Weltordnung in sich, die Deutschland (wenigstens im europäischen Maßstab) zur Hegemonialmacht gemacht und die Rolle der mit Deutschland verbündeten Staaten gestärkt hätte. Das entsprach auch der Wahrnehmung der Zeitgenossen, die diese Frage auf verschiedenen Ebenen diskutierten.³⁰ Während der gesamten Zeit seines Bestehens war das Brester System durch das Bestreben geprägt, seinen Geltungsbereich auszudehnen und über die Satelliten der Mittelmächte hinaus auch neutrale Staaten einzubeziehen, auch wenn dies infolge der kurzen Zeit nicht in vollem Maße zur Geltung kommen konnte. Viele Staaten nahmen angesichts des wenigstens bis Mitte August 1918 ungewissen Kriegsausgangs an der Westfront eine abwartende Haltung ein und auch die Tatsache, dass es nicht vorgesehen war, den neutralen Staaten die Rolle eines kollektiven Schiedsrichters oder Vermittlers zwischen den Hauptakteuren zuzugestehen, senkte die Attraktivität des Systems deutlich. Eine Lehre wurde daraus bei der Schaffung des Versailler Systems bzw. genauer bei der Gründung des Völkerbunds gezogen.

voennaja organizacija v Rossii i na Ukraine v 1917–1918 godach [Die Polnische Militärorganisation in Russland und der Ukraine in den Jahren 1917–1918], in: Ders., Aleksandr Orechov (Hrsg.): *Revolucionnaja Rossija 1917 goda i pol'skij vopros. Nove istočniki, novye vzgljady* [Das revolutionäre Russland des Jahres 1917 und die polnische Frage. Neue Quellen, neue Perspektiven], Moskva 2009, S. 195–216.

- 28 So muss auch der Autor des vorliegenden Artikels eingestehen, die Entwicklung z.B. der dem Thema gewidmeten georgischen oder armenischen Geschichtsschreibung (abgesehen von übersetzten Zusammenfassungen) nicht im gebotenen Maße verfolgen zu können. Gleiches gilt auch für andere in den postsowjetischen Nationalsprachen verfasste Arbeiten.
- 29 Siehe z.B.: Martin Müller: *Vernichtungsgedanke und Koalitionskriegführung. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn in der Offensive 1917/1918. Eine Clausewitz-Studie*, Graz 2005; Irina N. Novikova (Hrsg.): *Rossija v strategii Pervoj mirovoj vojny* [Russland in der Strategie des Ersten Weltkrieges], in 2 Büchern, Sankt-Peterburg 2014, Buch 2: *Rossija v strategii Central'nych deržav* [Russland in der Strategie der Mittelmächte].
- 30 Siehe als Beispiele für die zeitgenössische Publizistik hinsichtlich der Perspektiven Deutschlands: A.K. Viator: *Deutschlands Anteil an Indiens Schicksal*, Leipzig 1918; Werner Daya: *Der Aufmarsch im Osten. Russisch-Asien als deutsches Kriegs- und Wirtschaftsziel*, München 1918.

Bezeichnenderweise waren nicht nur Deutschland und Sowjetrußland als Hegemon bzw. zweiter Hauptakteur des Systems, sondern auch die anderen wesentlichen Akteure (wenigstens unter der Bedingung von Korrekturen im eigenen Interesse) an dessen Ausbau interessiert und unternahmen entsprechende Anstrengungen: von Militäroperationen und Erpressung bis hin zu dem beiderseitigen Vorteil dienenden Angeboten, Aufklärungsmissionen oder der Lieferung wertvoller Waren und Rohstoffe. Nichtsdestotrotz blieb die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Brester Ordnung letztlich nahezu vollständig an die Ausweitung des russischen Bürgerkriegs und des Unabhängigkeitskampfes der nichtrussischen Randgebiete des früheren Russischen Reiches gebunden.

Eine noch nicht gefestigte, tendenziell expandierende Ordnung wie das Brester System kann sowohl neue Akteure gewinnen als auch frühere verlieren. Zudem muss der offizielle Status eines Akteurs nicht zwangsläufig seiner realen Stellung entsprechen, was generell für die meisten Koalitionen gilt. So war z.B. die formale Gleichheit Bulgariens und Deutschlands als verbündete unabhängige Staaten weder vor noch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Brest-Litovsk wörtlich zu verstehen. Auch was die diversen, formal völlig gleichberechtigten Sowjetrepubliken betrifft, die in der Regel nur lokale Bedeutung hatten und oft keinerlei nationale Färbung aufwiesen (Republik Doneck-Krivoj Rog, Republik Kuban'-Schwarzmeer, Don-Republik usw.),³¹ kann kein Zweifel bestehen, dass sie mit der RSFSR nicht nur im Bund standen, sondern dieser auch untergeordnet waren, was aber nichts daran ändert, dass das Zusammenwirken der unter dem Sammelbegriff „Bolschewiki“ firmierenden Kräfte formal eine Koalition darstellte. Welche Rolle die einzelnen lokalen Sowjetrepubliken im Zuge der weiteren Entwicklung des Brester Systems spielen sollten, blieb zunächst unklar, doch waren ihre Perspektiven definitiv nicht gleich Null. Jedenfalls stellten Sowjetrußland und die anderen von den Bolschewiki geführten Republiken nicht nur im Jahr 1918, sondern praktisch bis zur Gründung der UdSSR (offiziell und in der Regel auch real) eine Koalition von Staaten und Regierungen dar. So basierte das Brester System auf dem Zusammenwirken zweier Koalitionen – der deutschen und der bolschewistischen. Dabei konnte sich der innerhalb des Systems von dem einen oder anderen Akteur eingenommene Status infolge veränderter Kräfteverhältnisse, auf Betreiben des Hegemons oder durch von den Hauptakteuren vorgenommene Korrekturen des Systems durchaus ändern. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, eine Ordnung der Hierarchie der einzelnen Akteure vorzunehmen, anhand derer sich die Struktur des Brester Systems nachzeichnen lässt. Dabei versteht es sich von selbst, dass gegen diese Version (wie gegen jegliche Systematisierung eines zum Chaos neigenden Systems) eine Reihe von Einwänden und Gegenbeispielen vorgebracht werden können, was aber nichts daran ändert, dass dies einen ersten Schritt darstellt, um das System außerhalb des in der Geschichtsschreibung bislang vorherrschenden sozial-ökonomischen und ideologischen Kontextes zu analysieren.

Hauptakteure des Systems konnten nur die stärksten Länder der jeweiligen Koalition sein. Eine folgenschwere Besonderheit des Brester Systems bestand darin, dass die Hauptakteure

31 Die ukrainischen Bolschewiki hoben im März 1918 hervor: „Wir haben die Ukrainische Sowjetrepublik nie als nationale Republik angesehen, sondern ausschließlich als Sowjetrepublik auf dem Territorium der Ukraine.“ Siehe Text der Deklaration: David I. Erde: *Revoljucija na Ukraine. Ot kerensčiny do nemeckoj okkupacii* [Die Revolution in der Ukraine. Von Kerenskij bis zur deutschen Besatzung], Moskva 2017, S. 322.

eine größtmögliche Kontrolle über alle lokalen Probleme anstrebten, um Ressourcen zu zentralisieren und die Anstrengungen ihrer Partner und Satelliten innerhalb der Koalition zu koordinieren. Das lief den Interessen der kleineren Akteure in nahezu allen Fällen entgegen, ging mit zahlreichen Demütigungen einher und sorgte für Unmut auf beiden Seiten. Das wiederum hatte zur Folge, dass die Hauptakteure zwar eine territoriale Ausdehnung des Systems anstrebten, zugleich aber die Zahl der beteiligten Staaten verringern wollten. Eine solche Kombination zentrifugaler und zentripetaler Kräfte ist für jeden (post-)imperialen Raum charakteristisch und zieht unausweichlich ein ganzes Bündel von Streitfragen und Konfliktzonen nach sich.

Ausgehend davon sind nur das Deutsche Reich (als unbestrittener, aber nicht allmächtiger Hegemon) und Sowjetrußland als Hauptakteure des Brester Systems anzusehen, wobei der Begriff „Hauptakteur“ einer genaueren Definition bedarf, um möglichen Einwänden gegen eine derartige Einstufung Sowjetrußlands entgegenzutreten. Um auf eine solche Stellung innerhalb des Systems Anspruch erheben zu können, musste ein Staat eine Reihe von grundlegenden Voraussetzungen erfüllen: Erstens musste er sowohl von seinen Partnern als auch von der Gegenseite als Hauptakteur anerkannt werden. Zweitens musste er außenpolitisch als eigenständiges Subjekt auftreten, und zwar auch unter massivem, nicht zuletzt militärischem Druck. Drittens mussten sich seine Interessen auf das gesamte von dem System erfasste Territorium erstrecken und von den anderen Akteuren bei der Klärung lokaler Beziehungen und dem Abschluss entsprechender Vereinbarungen (wenigstens indirekt) berücksichtigt werden. War dies nicht der Fall, musste der Hauptakteur dieses „Privileg“ durch Drohungen oder Waffengewalt durchsetzen können. Sowjetrußland erfüllte alle diese Bedingungen, wenn auch mit der Einschränkung, dass es seine Position nicht zuletzt der indirekten und zuweilen auch direkten Unterstützung vonseiten des Deutschen Reiches verdankte. So war Sowjetrußland zwar einerseits in vielerlei Hinsicht nur einer, wenn auch (wenigstens bis Mitte 1918) der größte Nachfolgestaat des Russischen Reichs. Andererseits wurde es jedoch zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Brest-Litovsk und selbst noch zum Zeitpunkt seiner ersten großen Neufassung (des Zusatzvertrags vom 27. August) von allen Beteiligten (einschließlich der Regierungen der Mittelmächte) als letztlich rechtmäßiger Herrscher über das gesamte Territorium des früheren Zarenreichs angesehen, das nach der Abtretung jener Länder und Regionen verblieben war, deren Status im Rahmen des Brester Systems geklärt werden musste.

Als Akteure der zweiten Kategorie sind jene Staaten anzusehen, deren Position direkt oder indirekt auf Ebene des gesamten Systems Berücksichtigung fand, die aber nur innerhalb ihrer von den Hauptakteuren anerkannten Interessensphären auf Zugeständnisse hoffen konnten. So konnten die Akteure der zweiten Kategorie in Untersystemen wie dem Kaukasus, dem nördlichen Schwarzmeergebiet oder Polen eine dominierende Stellung einnehmen, mussten aber auf weitergehende Ansprüche verzichten. Als solche Akteure sind Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich und die Ukraine (insbesondere zur Zeit der Herrschaft von Hetman Skoropadskij) anzusehen. Es versteht sich von selbst, dass die Führungskreise dieser Mächte in der Theorie weitergehende Ambitionen hegten und allesamt eine exponiertere Stellung anstrebten, doch verfügte keiner dieser drei Staaten über die für eine solche Rolle nötigen Ressourcen. Auch wenn Österreich-Ungarn in der Ukraine und das Osmanische Reich in Transkaukasien eine von der deutschen Linie abweichende und den Interessen des Kaiserreiches zuweilen auch diametral entgegengesetzte Politik verfolgten,

konnten sie diese allen entsprechenden Versuchen zum Trotz nicht durchsetzen. Die Ersetzung der faktisch pro-österreichischen Zentralrada, die Abberufung von Wilhelm Franz von Habsburg-Lothringen (Vasyl' Vyšyvanyj) und das deutsch-osmanische Protokoll vom 23. September 1918, dem zufolge die Pforte die von Deutschland in der Frage der Kontrolle über Baku vertretene Position anerkennen musste, sind dafür klare Belege.

Die von Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich in einigen Regionen eingenommene Sonderstellung belegt keineswegs, dass sie im Maßstab des gesamten Systems mit dem Hegemon auf eine Stufe gestellt werden können. Es genügt, sich zu vergegenwärtigen, dass jegliche Versuche Österreich-Ungarns oder des Osmanischen Reichs, sich aktiv am Krieg in Finnland zu beteiligen oder sich in den Prozess des Aufbaus des Vereinigten Baltischen Herzogtums einzumischen, unweigerlich zum Scheitern verurteilt gewesen wären. Zudem hätte dies, selbst wenn es mit Einverständnis der Hauptakteure oder wenigstens des Hegemons des Systems geschehen wäre, einen solchen Umfang an neuen Verträgen, Vereinbarungen und Neueinteilungen der Einflussphären erfordert, dass man eher von einer vollständigen Restrukturierung als von bloßen Korrekturen des Systems sprechen müsste. Da es den anderen Akteuren für solche Projekte sowohl an Ressourcen als auch oft an Ambitionen fehlte, hatte das Brester System für die gesamte Dauer seines Bestehens nur zwei Hauptakteure. Zwar wäre es möglich gewesen, Sowjetrußland als Hauptakteur durch einen der Akteure der zweiten Kategorie wie z.B. die Hetmansche Ukraine zu ersetzen, doch hätte dies die Möglichkeiten der territorialen Ausdehnung eingeschränkt, die Stabilität des Systems als Ganzes verringert und dieses lokaler gemacht. Dies hätte nur dann eine denkbare Alternative dargestellt, wenn es nicht nur in der Ukraine (durch die Machtübernahme Skoropadskijs), sondern auch in Rußland zu massiven innenpolitischen Verschiebungen gekommen wäre, z.B. wenn eine prodeutsche antisowjetische Regierung die Bolschewiki gestürzt und zugleich den Frieden von Brest-Litovsk anerkannt hätte. Dazu aber kam es bekanntlich nicht, auch wenn die deutsche Diplomatie durchaus darauf hinarbeitete (insbesondere von Mirbach kurz vor seiner Ermordung und im Zuge der Mission Helfferichs).

Derweil waren alle Akteure der zweiten Kategorie daran interessiert, ein Maximum an Selbständigkeit gegenüber dem Hegemon zu bewahren, und waren deshalb bestrebt, die bilateralen Verbindungen untereinander zu stärken, um dem Diktat erfolgreicher entgegenzutreten zu können, in Streitfragen allen beteiligten Seiten Zugeständnisse abzuhandeln oder Konkretisierungen der Bündnisverpflichtungen dafür zu erhalten. Infolgedessen war es geradezu programmiert, dass sich regionale Konflikte schnell zu einem wahren Knäuel von Interessen und Widersprüchen zusammenballten, das sich nur durch einen systemischen Lösungsansatz entwirren ließ. Dafür wären entsprechende Koalitionsinstitute erforderlich gewesen, die sich in den vorangegangenen zwei bis drei Jahren der Kriegsbündnisse nicht gebildet hatten.

Vor diesem Hintergrund hätte die Ersetzung auch nur eines der Hauptakteure einen völligen Bruch mit der vorherigen Lage dargestellt und das gesamte System in Zweifel gezogen, zumal die Länder der Entente umgehend den Druck von außen erhöht hätten, ohne dass die entsprechenden Akteure aufgrund ihrer mangelnden Stärke oder rein regionalen Bedeutung in der Lage gewesen wären, dem etwas entgegenzusetzen. Was wiederum Statusverschiebungen unter den Akteuren der zweiten und vor allem der dritten Kategorie betrifft (also jener Akteure, die wie z.B. Finnland, Georgien, Rumänien, die Don-Republik oder der Warschauer Regentenrat nur teilweise anerkannt waren oder wie die Republik Armenien nur in auswegloser Lage zur Beteiligung gezwungen werden konnten), waren

diese ein integraler Bestandteil des Systems und schlossen auch für den einen oder anderen Akteur höchst unangenehme Fälle ein. So war Österreich-Ungarn nicht nur bestrebt, seine eigene Bedeutung auf die Stufe Deutschlands zu heben, sondern versuchte auch immer wieder, Selbstständigkeit und Stellenwert der Ukraine auf das Niveau eines Akteurs allenfalls der dritten Kategorie zu drücken, auch wenn die Errichtung der im Großen und Ganzen prodeutschen Diktatur Skoropadskijs, der allmähliche (wenn auch nicht sonderlich erfolgreiche) Aufbau ukrainischer Streitkräfte und die gleichzeitig abnehmende Kampfkraft der Habsburgermonarchie eine Situation nach sich zogen, in der Besatzer (Österreich-Ungarn) und Besetzte (Ukraine) praktisch gleich schwach waren, insbesondere wenn man ihre realen Möglichkeiten mit denen des Hegemons vergleicht. Ein Beleg dafür war die Tatsache, dass sich die deutschen Truppen im Sommer und Herbst 1918 nicht nur in der deutschen, sondern auch in der österreich-ungarischen Besatzungszone immer aktiver an der Niederschlagung der gegen den Hetman und die Interventionskräfte gerichteten Aufstände beteiligten. Dies führte allen deutlich vor Augen, dass beide Akteure der zweiten Kategorie nur mit Hilfe des Hauptakteurs für Stabilität sorgen konnten, insbesondere wenn das Problem durch die indirekte Beteiligung des zweiten Hauptakteurs, d.h. des bolschewistischen Russland, hervorgerufen war, das den gegen die Besatzer gerichteten Partisanenkrieg nicht nur in der Ukraine aktiv unterstützte.

Es steht außer Zweifel, dass der auf die Mittelmächte orientierte Teil der polnischen Elite den Status eines Akteurs der zweiten Kategorie anstrebte. Aber sowohl die (das Cholmer Land und die ukrainische Autonomie in Galizien betreffenden) Bedingungen des in Brest-Litovsk mit der Ukrainischen Volksrepublik geschlossenen Friedensvertrags als auch die Beschlüsse bezüglich der Vertretung Polens bei den Verhandlungen mit Sowjetrußland zerstreuten jegliche in diese Richtung gehende Hoffnungen.³² Ganz im Gegenteil drohte der Regentschaftsrat nach der im April/Mai 1918 erfolgten Entwaffnung der in der Ukraine stehenden polnischen Korps und dem Scheitern des Aufbaus einer von deutschen Militärberatern geführten polnische Armee sogar den Status eines Akteurs der dritten Kategorie zu verlieren und zu einer Phantomregierung zu werden, die im Sommer 1918 nicht mehr gebraucht wurde, da sich die Mittelmächte nach ihrem Sieg im Osten nicht mehr der Sympathie der Polen versichern mussten. Berücksichtigt man die zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn mit Blick auf eine austropolnische Lösung des Problems erzielten Verhandlungsfortschritte,³³ gab es im September 1918 allen Grund, Polen als ein Instrument zu betrachten, mit dessen Hilfe die Habsburgermonarchie das Gleichgewicht der Kräfte mit Deutschland in Ostmitteleuropa wiederherstellen wollte.

Unter den Akteuren der dritten Kategorie stach Rumänien heraus, das die Bedingungen für seinen Austritt aus dem Weltkrieg erheblich abmildern konnte, über unabweisliche internationale Anerkennung verfügte und sich bis zu seiner Rückkehr ins Lager der Entente erfolgreich der Ratifizierung des Vertrags von Bukarest entzog.³⁴ Auch wenn die Mittelmächte

32 Neben der Dobrudscha-Krise war im Rahmen des Bukarester Subsystems die Cholmer Frage äußerst aufschlussreich für die allgemeine Stabilität des Brester Systems. Siehe ausführlicher: Klaus Kindler: Die Cholmer Frage 1905–1918, Frankfurt a.M. 1990.

33 Eine speziell diesem Thema gewidmete Arbeit ist bis heute nicht erschienen: Markus J. Hecher: Die austropolnische Lösung. Die österreichisch-ungarische Kriegszielpolitik in Bezug auf Polen während des Ersten Weltkriegs, Magister-Arbeit, Wien 2001.

34 Siehe ausführlicher: Elke Bornemann: Der Frieden von Bukarest 1918, Frankfurt a.M. 1978.

die rumänischen Verluste durch ihre Zustimmung zur Annexion Bessarabiens kompensierten,³⁵ nahm das Land innerhalb des Brester Systems (wenigstens bis zur Ratifizierung des Bukarester Vertrags vom 7. Mai 1918) angesichts der andauernden Besetzung³⁶ einer Hälfte des Landes, der Unmöglichkeit, offen die Armee wiederaufzubauen, und der völligen ökonomischen und außenpolitischen Abhängigkeit von Deutschland eine alles andere als beneidenswerte Stellung ein. Daran änderte auch der Umstand nichts, dass Deutschland mit seinen Verbündeten uneinig war und der Königshof in Iași halblegale Verbindungskanäle zur Entente aufrechterhielt.

Ein Indiz für die Schwäche der Akteure der dritten Kategorie waren die ständigen Versuche der konkurrierenden Akteure der ersten und zweiten Kategorie, noch weit weniger bedeutsame Kräfte auf regionalem und zuweilen sogar Bezirks- und Gouvernementsniveau ins Spiel zu bringen. Diese von den stärkeren Kräften unterstützten Aufstandsverbände, Gegen- und Rebellenregierungen oder Phantomprojekte, die praktisch eine vierte Kategorie bildeten, sorgten für komplizierte Kräfteverhältnisse und sollten den Einfluss missliebiger Akteure im Sub- oder auch Gesamtsystem untergraben. Ein solches Phantom stellte z.B. von Mai bis Anfang November 1918 die Sowjetukraine dar, die ihr gesamtes Territorium verloren hatte, aber weder aufgelöst noch in der RSFSR aufgegangen war. Selbst zu einem Zeitpunkt, als es nahezu aussichtslos schien, in näherer Zukunft wenigstens einen Teil des Gebiets zurückzuerlangen, bestanden die eigene Kommunistische Partei, Rudimente des Staatsapparats, bewaffnete Partisanenkräfte und ein Agentennetz auf den von den Interventionskräften besetzten ukrainischen Gebieten weiter. Die Existenz dieser Fiktion hätte (wie 1918 im „roten“ Finnland, 1919 in den baltischen Sowjetrepubliken oder 1921 in Gilan) durch eine schnelle Entscheidung Lenins beendet werden können. Es war jedoch selbst um den Preis, regionale Verbündete gegen sich aufzubringen, opportun, sich Handlungsspielräume und Ansprüche auf verlorene Einflussphären offenzuhalten, solange man nicht durch ein Ultimatum der Gegenseite dazu gezwungen wurde, sich von solchen Schattenstrukturen loszusagen. Interessanterweise brachten nicht nur die Bolschewiki, bei denen dies angesichts ihrer spezifischen Haltung zur „bourgeois“ Staatlichkeit und ihres freizügigen Umgangs mit den diplomatischen Gepflogenheiten nicht überraschen mag, sondern auch die Gegenseite solche Akteure der vierten Kategorie (die zuweilen über den Status unabhängiger Staaten und offiziell anerkannte Regierungen verfügten) zum Einsatz, die zu einem charakteristischen Merkmal des Brester Systems wurden. So entstanden noch vor Abschluss der Brester Friedensverhandlungen in Finnland, Polen, Litauen, Lettland und in der Ukraine spiegelbildliche regionale Komitees, Parlamente und Regierungen, deren Gründung dem Kalkül des Selbstbestimmungsrechts der Völker entsprang. Auch wenn diese im Text des Friedensvertrags von Brest-Litowsk letztlich kaum Erwähnung fanden, wirkte ihre Existenz auch später noch fort. So bestand die Schattenregierung der Ukrainischen Volksrepublik mit heimlicher Unterstützung Österreich-Ungarns weiter, agierte in Aserbaidschan die von den Jungtürken unterstützte Islamische Armee, während im Sommer 1918 unter kaum ver-

35 Siehe: Vladlen N. Vinogradov u.a. (Hrsg.): Bessarabija na perekrestke evropejskoj diplomatii. Dokumenty i materialy [Bessarabien am Wegkreuz der europäischen Diplomatie. Dokumente und Materialien], Moskva 1996.

36 Siehe ausführlicher: Lisa Mayerhofer: Zwischen Freund und Feind – Deutsche Besetzung in Rumänien 1916–1918, München 2010.

hohlener Schutzherrschaft Deutschlands die Bildung des phantomhaften Südostbunds der Kosaken-, Berg- und Steppenvölker und diverser Kosakenföderationen begann. Phantome auf dem Sprung zur realen Staatswerdung waren das Vereinigte Baltische Herzogtum (oder Kurland allein) und die Union der Bergvölker des Nordkavkasus, die sich nur unwesentlich von Satelliten Deutschlands bzw. des Osmanischen Reichs unterschieden. Angesichts der Verschlechterung der Beziehungen zu Polen und dem Unwillen, die besetzten Gebiete an die Bolschewiki fallen zu lassen, stellte auch eine von deutscher Seite betriebene Gründung eines von der Belarussischen Volksrepublik geführten unabhängigen Belarus eine durchaus realistische Perspektive dar, blieb aber letztlich doch ein Phantom. Zugleich drohte einer ganzen Reihe von Akteuren der dritten Kategorie die Herabstufung zu einem solchen Phantom, wenn sich die Interessenlage der Hauptakteure änderte oder diese entsprechende Zugeständnisse an ihre Juniorpartner machen mussten. So hätte z.B. Armenien durchaus seine Unabhängigkeit verlieren oder zu einem Protektorat Österreich-Ungarns werden können. Im Herbst 1918 stellte der Anschluss der Krim an den Ukrainischen Staat eine realistische Perspektive dar, deren von Maciej Sulkiwicz [Matvej Sul'kevič] geführte Regierung sich ungeachtet der Unterstützung vonseiten der Türkei plötzlich selbst auflöste, da der Anteil der Tataren an der Gesamtbevölkerung für die Gründung eines Nationalstaats offensichtlich zu klein war. Die Liste derartiger Beispiele ließe sich fortsetzen.

Am deutlichsten lassen sich die Entwicklungsperspektiven der Akteure des Brester Systems anhand ihres militärischen Potentials darstellen, das das wichtigste und anfänglich einzige Kriterium darstellte, um die Stellung eines Landes (oder einer regionalen Gruppierung) zu bestimmen, während das ökonomische oder kulturelle Gewicht eines Landes angesichts der kurzen Zeit des Bestehens des Brester Systems nur in begrenztem Umfang zum Tragen kam. Über die größten militärischen Produktionskapazitäten und die größten Waffenreserven (einschließlich ausländischer Lieferungen und erbeuteter Waffen) verfügten das Deutsche Reich und Sowjetrussland, die ihre Kriegswirtschaft und militärische Schlagkraft selbst Mitte des Jahres 1918 allen Problemen zum Trotz (Mangel an Treibstoff und Menschen in Deutschland, Mangel an Fachkräften und Technologie in Sowjetrussland) aufrechterhalten konnten. Dies stellten sowohl die Rote Armee als auch die im Baltikum operierenden deutschen Freikorps selbst 1919 noch unter Beweis.

Als Akteure der zweiten Kategorie lassen sich jene Länder ansehen, die mehr oder weniger selbstständig große (mehrere 100 000 Mann starke) Armeen und Flotten unterhalten und aus eigener Kraft, einschließlich der Produktion, bewaffnen konnten. Dazu waren unter dem Vorbehalt deutscher Lieferungen einiger Materialien und entsprechender Kontrolle Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich und der Ukrainische Staat (wenn auch letztlich nur potentiell) in der Lage. Im Gegensatz dazu verfügten die Akteure der dritten Kategorie über ein militärisches Potential, das nur vor dem Hintergrund der Schwächung der Akteure der alten Ordnung vergleichsweise stark wirken konnte – und auch das nur unter der Bedingung, dass sie weite Teile der Bevölkerung mobilisieren konnten (wie z.B. in Finnland, Georgien und am Don 1918 sowie in Estland 1919) und über große, von den zerfallenden imperialen Armeen zurückgelassene oder auf andere Weise (Entwaffnung, Tausch, Kauf, Einnahme von Waffenlagern) in ihre Hände gelangte Waffenvorräte verfügten. Der Bedarf der Akteure der dritten Kategorie war im Vergleich zu den Großmächten so gering, dass die auf diese Weise erhaltenen Waffen für anderthalb bis zwei Jahrzehnte ausreichen sollten. So nutzte z.B. die finnische Armee noch Ende der 1930er Jahre über 200 000 russische Geweh-

re.³⁷ Die Akteure der vierten Kategorie wiederum hingen vollständig von Waffenlieferungen ihrer Seniorpartner ab, verfügten weder über stabile Waffenvorräte noch über entsprechende Produktionskapazitäten und konnten sich nur auf nicht sehr zahlreiche Freiwillige, von den Schutzmächten bereitgestellte Militärmissionen und Söldner stützen. Dies hatte zur Folge, dass sie zwar militärisch sehr aktiv waren, bei der ersten größeren Niederlage aber schnell auseinanderbrachen (wie z.B. die „Armee“ der Sowjetukraine im Frühjahr 1918, die Freiwilligenarmee unmittelbar nach dem Tod Kornilovs oder die Taman'-Armee der Republik Kuban'-Schwarzmeer im August 1918 usw.).

Die Stabilität des Brester Systems wurde von Anfang an durch den Umstand beeinträchtigt, dass seine grundlegenden Verträge bereits Mitte März 1918 (als sich die Demarkationslinie vom Finnischen Meerbusen bis zur Mittleren Dneprregion zog) nicht mehr der aktuellen Lage entsprachen und deshalb unverzüglich präzisiert und ergänzt werden mussten. Um mit der sich schnell ändernden Lage Schritt halten zu können, musste das gerade erst entstandene System höchst flexibel bleiben, was zwangsläufig auf Kosten der Stabilität und Kohärenz gehen musste. So musste die Notwendigkeit, immer neue Akteure aufzunehmen und schnelle Verschiebungen der Hierarchie hinzunehmen, wenigstens so lange bestehen, bis ein Sieg im Weltkrieg die Hegemonialmacht Deutschland in die Lage versetzt hätte, sowohl den kleineren Partnern als auch der Gegenseite die eigenen Bedingungen aufzuzwingen und seine „Ostpolitik“ konsequenter umzusetzen. Solange die deutsche Aufmerksamkeit aber durch die drohende Kulmination der Kämpfe an der Westfront gebunden war,³⁸ waren die Hauptakteure gezwungen zu improvisieren und konnten nur versuchen, den längst nicht immer kontrollierbaren, aber unausweichlichen Prozess der Ausweitung des Systems aufeinander abzustimmen. Dieser lief selbst dann noch weiter, als die Wende an der Westfront im August 1918 für alle sichtbar und der von außen (d.h. von Seiten der Entente) kommende Druck auf das System zusätzlich angeheizt wurde.

Es ist anzumerken, dass die in den zwischen Februar und Oktober 1918 geschlossenen Verträgen enthaltenen detaillierten Vereinbarungen (einschließlich der beiden Verträge von Brest-Litovsk und insbesondere des Zusatzvertrags vom 27. August 1918), die die meisten Kontroversen auslösten und deshalb im Mittelpunkt der meisten Analysen stehen, nicht die Grundlage des Systems darstellten, sondern lediglich die in diesen Verträgen festgehaltenen Kräfteverhältnisse spiegelten. Aus diesem Grund sollten die in diesen Verträgen enthaltenen Details vor dem Hintergrund der ihnen zu Grunde liegenden und von den Hauptakteuren verfolgten allgemeinen Ziele analysiert werden. Die Juniorpartner des Systems akzeptierten diese Ziele als gegeben, wirkten notgedrungen an deren Umsetzung mit, beschränkten sich aber oft auf eine rein deklarative Loyalität, um im Gegenzug konkrete Zugeständnisse auszuhandeln. Dies schließt keineswegs aus, dass die Hauptakteure noch weitergehende Ziele (wie die Weltrevolution oder die „Niederschlagung der revolutionären Epidemie“) verfolgten, die sie einstweilen aufschoben, um die Umsetzung des Systems und die dafür

37 Siehe die ausführliche Statistik: Vjačeslav V. Nikitin: Finskaja armija: russkij sled. Ljudi i oružie [Die Finnische Armee: die russische Spur. Menschen und Waffen], Sankt-Peterburg 2017.

38 Siehe ausführlicher: German Kul' [Hermann von Kuhl], Gans Del'brjuk [Hans Delbrück]: Krušenie germanskich nastupatel'nych operacij v 1918 g. [Das Scheitern der deutschen Offensivoperationen im Jahr 1918], Moskva 1935; Jörg Duppler, Gerhard Paul Groß (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999.

unabdingbare Zusammenarbeit mit dem anderen Hauptakteur nicht zu gefährden, die sie aber sofort wieder aufgenommen hätten, sobald sie aus eigener Kraft in der Lage gewesen wären, diese durchzusetzen, was wiederum das Ende des Systems bedeutet hätte. Gerade deshalb hätte ein Sieg Deutschlands an der Westfront automatisch das Ende des Brester Systems bedeutet, selbst wenn dieser Prozess noch für einige Zeit durch allmähliche Korrekturen maskiert worden wäre. Viele Aspekte des Zusatzvertrags, der just zu der Zeit (Mai bis Juli 1918) ausgearbeitet wurde, als die Oberste Heeresleitung fest an den Sieg glaubte, legen nahe, dass Ludendorff eine solche Entwicklung bereits vorwegnahm, was sich dann als voreilig herausstellen sollte. Brest stellte für beide Seiten eine Atempause dar, die länger anhielt als ursprünglich geplant bzw. erhofft, aber zu viele Vorteile bot, um ihr im Sommer und Herbst 1918 durch Wiederaufnahme der eigenen Expansionspläne ein Ende zu setzen. Bezeichnenderweise wurde die „wichtigste“ Neufassung des mit der Ukraine geschlossenen Vertrags von Brest-Litovsk (der Rohstoff- und Lebensmittellieferungen betreffende Vertrag vom 10. September 1918) Hetman Skoropadskij in Spa ohne lange Verhandlungen *de facto* diktiert. Man ging angesichts des Gewichts und des faktischen Vasallenstatus der Ukraine offenbar davon aus, dass es nur um Fragen der Umsetzung und nicht um eine für beide Seiten günstige Abgrenzung der Interessensphären ging. Österreich-Ungarn war zu diesem Zeitpunkt bereits sowohl vom Rohstoffpotential der Ukraine als auch insbesondere von den Möglichkeiten der eigenen Besatzungstruppen enttäuscht, die Vorteile der Intervention zu erhöhen.³⁹

Die dem Brester Systems zu Grunde liegende Idee bestand darin, den zuvor zwischen dem Russischen Reich, Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich aufgeteilten ost- und südosteuropäischen Raum neu zu ordnen, wobei die Neuordnung der imperialen Peripherie des Osmanischen Reiches *de facto* bereits im Rahmen der Nachbesserung der Resultate der beiden Balkankriege und des Kriegseintritts Bulgariens begonnen hatte. Dabei sollte der neu zu ordnende Raum mit der Zeit auf immer neue Regionen ausgedehnt werden.

Aus diesem Prozess mussten die Entente und jegliche auf diese orientierten Kräfte vollständig herausgehalten werden, was nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Bolschewiki absolut unabdingbar war, auch wenn sich Letztere die Option auf eine Umorientierung in Richtung Entente lange Zeit offengehalten hatten. Aber der kurze vom 18. Februar bis zum 3. März 1918 dauernde Waffengang hatte den Bolschewiki deutlich vor Augen geführt, dass eine solche Variante wenigstens in absehbarer Zukunft nicht mit den realen militärischen Möglichkeiten Sowjetrusslands vereinbar war. Zudem waren die Entente-Mächte nicht im Geringsten gewillt, die weltrevolutionären Ambitionen der Bolschewiki zu tolerieren, sodass sie als langfristiger Partner noch weniger in Frage kamen als Deutschland. Vor diesem Hintergrund mussten alle Versuche der lokalen Akteure, sich (auch nur teilweise) in Richtung Entente zu orientieren, umgehend unterbunden werden, wobei beide Hauptakteure im Bedarfsfall auch militärisch intervenierten (Operation gegen die britische Intervention in Murmansk im Sommer und Herbst 1918, heftige Reaktionen sowohl Berlins als auch Moskaus auf die Landung der Engländer in Baku im August 1918, aktives Vorgehen gegen Aufstände rechter und linker Sozialrevolutionäre im Juli 1918). Beide Hauptakteure waren

39 Siehe ausführlicher: Alfred Krauss, Franz Kligenbrunner: Die Besetzung der Ukraine 1918, in: Hugo Kerchnawe (Hrsg.): Die Militärverwaltung in den von den österreichischen Truppen besetzten Gebieten, Wien 1928, S. 359-390.

entschlossen, in ihren jeweiligen Einflussphären Schritt für Schritt alle ententefreundlichen Projekte wahlweise zu zerschlagen oder auf ihre Seite zu ziehen. Parallel waren beide Seiten allerdings auch bestrebt, den von ihnen kontrollierten Raum zu integrieren und zur Basis eines späteren Konflikts mit dem jeweils anderen zu machen, in dem auch ein mögliches Zusammengehen mit der Entente ein Druckmittel dargestellt hätte (im Fall Deutschlands natürlich erst nach einem Sieg über Frankreich). So lief die Entwicklung auf die Bildung eines aus Entente, deutschem Block und Sowjetrußland bestehenden Kräfte Dreiecks hinaus, das der Konstellation entsprochen hätte, die sich 20 Jahre später in der Zeit zwischen dem Münchner Abkommen vom 29./30. September 1938 und dem Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts am 23. August 1939 herausbilden sollte. Es versteht sich von selbst, dass beide Hauptakteure, um die Entente zu spalten oder einige ihrer Mitglieder in das eigene Lager zu locken (Rumänien, mittelfristig Japan und China), zu Zugeständnissen bereit waren, die allerdings vor allem auf Kosten des jeweils anderen gingen.

Die Besonderheiten des Verhandlungsprozesses und der anschließenden Implementierung der erzielten Vereinbarungen wirkten sich unmittelbar auf Struktur und Stabilität des auf Grundlage der Brester Verträge geschaffenen Systems aus. So offensichtlich es war, dass nur eine Seite bzw. genauer gesagt nur eine einzige Macht die Bedingungen diktierte, trug das System doch Kompromisscharakter. Um zu verstehen, welchen Preis die einzelnen Akteure für die Zusammenarbeit zu zahlen bereit waren, welche Zugeständnisse sie akzeptierten und in welchem Grad die gesamte Konstruktion deformiert war, muss man sich die Handlungslogik der einzelnen Akteure vergegenwärtigen. Dabei lassen sich viele Ereignisse und die Entwicklung des Brester Systems im Zeitraum März bis November 1918 mit den hergebrachten Propagandaschablonen „Schandfrieden“, „Diktat“ oder „Atempause“ nicht angemessen beschreiben.

So offensichtlich die deutsche Führungsrolle im Lager der Mittelmächte gewesen sein mag, war die Frage, inwieweit es Deutschland gelingen würde, seine Juniorpartner in die Realisierung seiner Pläne einzuspannen, nicht klar zu beantworten. Der Prozess, den eher lockeren Viererbund zu einer echten Koalition mit eindeutiger Hierarchie der Mitglieder und klaren Verpflichtungen zu machen, bog Anfang 1918 gerade erst auf die Zielgerade ein. Im Zuge der in Brest und Bukarest geführten Verhandlungen traten die in den Jahren des Krieges angestauten (oder auch schon seit Jahrzehnten bestehenden) Gegensätze zwischen den Mitgliedern der deutschen Allianz deutlich zutage. Diese resultierten nicht nur aus der äußerst heterogenen Zusammensetzung des Viererbunds und den unterschiedlichen Zielen ihrer Mitglieder (was in der Natur einer jeden Koalition liegt), sondern auch aus dem unterschiedlichen Grad der „Kriegsmüdigkeit“, d.h. der unterschiedlich ausgeprägten Bereitschaft, die Kampfhandlungen im Fall eines Scheiterns der Verhandlungen wieder aufzunehmen. So machte die Tatsache, dass Deutschland seine Linie durchsetzen konnte, obwohl sich seine Verbündeten (insbesondere Österreich-Ungarn) weigerten, sich an der Eskalation der Kampfhandlungen zu beteiligen (d.h. am Angriff an allen Fronten vom 18. Februar), das Kaiserreich endgültig zum Hegemon des Brester Systems.

Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich schlossen sich der (insbesondere in politischer Hinsicht) überaus riskant erscheinenden Offensivoperation ihres Seniorpartners erst an, als diese bereits begonnen hatte und der Erfolg absehbar war. Auch wenn es durch die diplomatischen Gepflogenheiten überdeckt werden sollte, zeigte dies doch in aller Deutlichkeit, dass diese beiden Reiche innerhalb des Brester Systems eine zweitrangige Rolle

spielten, die hinter ihrem imperialen Status zurückblieb. Bulgarien wiederum weigerte sich ungeachtet der symbolischen Bedeutung einer solchen Beteiligung, in der Ukraine zu intervenieren, erhöhte dafür aber den Druck auf Rumänien, um konkrete lokale Gebietsgewinne zu erlangen. Spätere Versuche des ehrgeizigen Zaren Ferdinand I. von Bulgarien, überregionale Interessen (in Polen,⁴⁰ in der Ukraine, auf der Krim und in Transkaukasien) geltend zu machen, hatten offenkundig demonstrativen Charakter, weswegen es vollauf gerechtfertigt ist, Bulgarien den Akteuren der dritten Kategorie zuzurechnen.

Im Rahmen eines einzelnen Aufsatzes ist es kaum angemessen, detailliert die Handlungslogik aller einzelnen Akteure zu untersuchen, sodass wir uns an dieser Stelle auf die beiden Hauptakteure, d.h. Deutschland und Sowjetrußland, konzentrieren wollen. Das vorrangige Interesse Deutschlands bestand darin, die Kampfhandlungen an der Ostfront schnellstmöglich zu beenden, um (auf militärischem oder politisch-diplomatischem Weg) die Entscheidung im Westen zu suchen. Während sich in diesem einen Punkt die gesamte Elite Deutschlands einig war, bestanden hinsichtlich der Mittel und Prioritäten und insbesondere hinsichtlich des Preises, den man dafür zu zahlen bereit war, erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Der Ressourcenbedarf der deutschen Kriegswirtschaft sowie die zugespitzte Versorgungslage ließen Anfang 1918 kaum Spielraum,⁴¹ auf die Ausbeutung der weiten Räume im Osten und ein entsprechendes Besatzungsregime zu verzichten. Dahinter traten alle Stimmen zurück, die davor warnten, dass ein solches Drehen an der Aggressionsspirale sowohl innen- als auch außenpolitisch einen äußerst ungünstigen Eindruck machen würde. Die tosenden Erfolge der beispiellosen Expansion nach Osten hatten einen erheblichen, wenn auch nur kurzfristigen Mobilisierungseffekt: Insbesondere in Deutschland kehrte der Glaube an den Sieg zurück, während Österreich-Ungarn und die Türkei wenigstens einen Ausweg aus der hoffnungslosen Sackgasse zu sehen begannen. In Deutschland hoffte man, im Zuge der Implementierung des Brester Systems und der Errichtung eines Systems der Ausbeutung der besetzten Gebiete eine umfassende ökonomische Zusammenarbeit mit Sowjetrußland und einen stabilen Frieden erreichen zu können, in deren Folge man die militärische Präsenz zurückfahren konnte. In den kühnsten Träumen gingen diese Hoffnungen noch mit einem rein militärischen Sieg im Westen einher. Bis dahin waren die deutschen Stellen allerdings gezwungen, alle besetzten Gebiete unter Kontrolle zu halten und die Besatzungszone, wo dies ökonomisch und strategisch geboten war (Rostov,⁴² Taman,⁴³ Novorossijsk, Georgien, Baku), sogar auszuweiten – und zwar ohne weitere Kräfte zu binden, ohne einen Zusammenbruch des Brester Systems zu riskieren (auch wenn damit gedroht wurde), ohne die Akteure der zweiten Kategorie und insbesondere die Ukraine und das Osmanische Reich zu stärken,

40 Siehe: Grigorij D. Škundin: *Bolgarija i pol'skij vopros vo vremja Pervoj mirovoj vojny* [Bulgarien und die polnische Frage in der Zeit des Ersten Weltkriegs], in: Volos [Wołos], Orechov (Hrsg.), *Revolucionnaja Rossija* (wie Anm. 24), S. 57-84.

41 Für diese Frage bleiben bis heute die Forschungsarbeiten der 1930er Jahre aktuell. Siehe: Ottokar Landwehr von Pragenau: *Hunger. Die Erschöpfungsjahre der Mittelmächte 1917/18*, Zürich 1931.

42 Siehe ausführlicher: Udo Gehrman: *Turbulenzen am Stillen Don. Zur deutschen Kriegsziel- und Ostpolitik in der Zeit des Brest-Litovsker Friedens*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 41 (1993), H. 3, S. 394-421.

43 Siehe z.B.: Hermann Wagenführ: *Mit dem Landwehr-Infanterie-Regiment 12. im Felde*. Berlin 1919, S. 87-103.

die versucht sein konnten, ihre eigenen Lösungsansätze zu diktieren, ohne zusätzliche Verpflichtungen gegenüber den Bolschewiki einzugehen und ohne jene antibolschewistischen lokalen Kräfte abzuschrecken, die man noch brauchen würde, um die Bolschewiki zu stürzen und durch eine prodeutsche Regierung zu ersetzen, die bereit war, den Brester Vertrag in groben Zügen anzuerkennen.

Die Handlungslogik der Bolschewiki wird gewöhnlich auf den Nenner der „Atempause“ gebracht, die den Bolschewiki die für die Niederschlagung der Konterrevolution und die Konsolidierung der Einparteindiktatur benötigte Zeit verschaffen sollte, deren Errichtung unausweichlich schien, da die Koalition mit den linken Sozialrevolutionären wenn nicht am Brester Vertrag, dann infolge des von den Bolschewiki auf die Bauernschaft ausgeübten Drucks zerbrochen wäre. Natürlich spielte auch der feste Glaube der Anhänger Lenins und Spiridonovas⁴⁴ an den Ausbruch der Revolution in den Ländern der Mittelmächte eine Rolle, der zwar einstweilen auf sich warten ließ, aber zweifelsfrei bei den ersten Niederlagen an den Fronten des Weltkriegs kommen musste. Aber es wäre ein Fehler, Lenins berühmte Formel von der „Atempause“ gar zu wörtlich zu nehmen, da sich die Bolschewiki keineswegs sicher sein konnten, dass Deutschland den Weltkrieg zwischen März und August 1918 verlieren würde. Hätten die Mittelmächte an der Westfront aber gewonnen, hätten die Bolschewiki keinerlei Möglichkeit gehabt, den für diese „Atempause“ gezahlten hohen Preis rückgängig zu machen. Das lässt sich auch durch die Analogie belegen, dass das im Ersten Weltkrieg besiegte Deutschland bis Mitte der 1930er Jahre keinerlei Chance hatte, Versailles zu revidieren.

Die Zielsetzungen der beiden Hauptakteure lassen sich auf den folgenden gemeinsamen Nenner bringen: ein mit minimalen Anstrengungen erlangter Frieden an der Ost- bzw. Westfront, der mindestens ein halbes Jahr bis zum Ende des laufenden Waffengangs des Jahres 1918 andauern sollte, Festschreibung der bestehenden Kräfteverhältnisse, auch wenn dies den Verzicht auf weitere Expansion in der Hauptstoßrichtung nötig machte (d.h. Deutschland versucht nicht, Moskau oder Petrograd einzunehmen, die Bolschewiki attackieren die Ukraine und das Baltikum nicht), Tolerierung von Expansionen an Nebenfronten (Russischer Norden, Transkaukasien, Persien, später vielleicht Mittelasien),⁴⁵ selbst wenn diese den eigenen Interessen entgegenlaufen. Dabei hofften beide Hauptakteure auf das stillschweigende Einverständnis der Gegenseite mit solchen Ausweitungen ihrer Einflussosphäre oder gar Annexionen, auch wenn sie sich darüber klar waren, dass dies ohne Gegenleistung kaum möglich war. Dies wiederum bedingte die Bereitschaft, über die Köpfe der Juniorpartner hinweg zu agieren und z.B. immer neue Satelliten aus dem Ärmel zu schütteln.

44 Eine der wichtigsten Errungenschaften der neueren Historiografie war die Veröffentlichung eines großen Dokumentenbestands zur Geschichte der Partei der Linken Sozialrevolutionäre: Jaroslav V. Leont'ev u.a. (Hrsg.): *Partija levych socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy 1917–1925 gg.* [Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre. Dokumente und Materialien 1917–1925], 3 Bde., Moskva 2006–2017.

45 Deshalb müssen derartige Projekte nicht als Größenwahn Ludendorffs, sondern als konsequente, wenn auch nicht immer der sich verändernden Situation angemessene strategische Arbeit des deutschen Generalstabs angesehen werden. Siehe ausführlicher: Winfried Baumgart: *Das „Kaspi-Unternehmen“ – Größenwahn Ludendorffs oder Routineplanung des deutschen Generalstabs?*, 2. Tle., in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 18 (1970), H. 1, S. 47–126; H. 2, S. 231–278.

Die Analogie der strategischen Grundausrichtung beider Hauptakteure bedingte eine Analogie der von diesen zum Einsatz gebrachten Methoden. Um seine unbestrittene militärische Überlegenheit über Sowjetrußland auch bei einer reduzierten Militärpräsenz in den besetzten Gebieten und einer zunehmenden Auszehrung des eigenen militärischen Potentials zu bewahren, musste Deutschland die territoriale Reintegration und Wiedereingliederung der früheren Randgebiete des früheren Russischen Reiches unter wessen Führung auch immer (und erst recht unter Führung der Bolschewiki) um jeden Preis verhindern und forderte von Sowjetrußland folglich kategorisch, einen stabilen Frieden mit Finnland, mit der Ukraine und möglichst auch mit Transkaukasien zu schließen. Während Deutschland einerseits bereit war, den Krieg der Bolschewiki gegen ententefreundliche Kräfte im Osten und Norden des Landes zu unterstützen, musste es andererseits die vollständige Zerschlagung der antibolschewistischen Kräfte im Süden verhindern, um das Kräftegleichgewicht zwischen Kiew und Moskau zu wahren. So bereitete man sich im Kaiserreich darauf vor, die weißgardistischen Truppen in naher Zukunft zu unterstützen, sofern sich diese nicht gar zu offen ententefreundlich zeigten, um sich die Option offen zu halten, mit deren Hilfe die Bolschewiki zu stürzen und sich auf diese Weise der negativen politischen Implikationen des Brester Vertrags zu entledigen. Dieser Zug der deutschen Ostpolitik trat bis zur Übernahme des Auswärtigen Amtes durch Paul von Hintze so deutlich zu Tage, dass einige Emissäre Deutschlands vor Ort (Albert Hopman, Wilhelm Groener) offen mit der Weißen Bewegung sympathisierten und einen Sieg über die Bolschewiki im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu beschleunigen versuchten. Dies ließ wiederum im Sommer-Herbst 1918 innerhalb der Weißen Bewegung recht schnell einen prodeutschen Flügel entstehen, als die Weißen mit stillschweigender Billigung der Interventionstruppen Freiwillige anwarben,⁴⁶ Finanzmittel für die Aufstellung von Truppen sammelten und umfangreiche Waffenlieferungen erhielten. So verhandelte General Alekseev (ungeachtet seiner vorgeblich ententefreundlichen Orientierung) vor seinem Tod erfolgreich mit Hopman über eine Zusammenarbeit.

Es war für Deutschland nicht opportun, die Ansprüche des Ukrainischen Staates auf Eingliederung einer Reihe von angrenzenden Gouvernements gar zu sehr zu ermutigen, da dies Ambitionen Nahrung gegeben hätte, Großrußland mit Kiew als neuer Hauptstadt wiederzuerrichten, und in der Folge dessen Selbstständigkeit gestärkt hätte. Selbst wenn eine solche Zügelung ihrer Ambitionen bei den ukrainischen Nationalisten für erheblichen Unmut sorgte, konnte das deutsche Kommando auf keinen Fall einen großangelegten Krieg zwischen Sowjetrußland und der Ukraine riskieren, da es nach dem Sieg der Roten über die Ukrainische Volksrepublik im Januar/Februar 1918 nicht daran glaubte, dass das Hetmansche Regime den Bolschewiki auf Augenhöhe entgegentreten konnte, und deshalb damit rechnen musste, selbst militärisch intervenieren zu müssen. Ein solches gemeinsames deutsch-ukrainisches Vorgehen wiederum hätte nicht nur unnötig Kräfte gebunden, sondern auch die Gefahr in sich geborgen, die Bolschewiki erneut in die Arme der Entente zu treiben. So hatte Deutschland keinerlei Interesse daran, am letztlich auch für die Ukraine recht günstigen *Status quo* eines brüchigen Waffenstillstands entlang der Demarkationslinie etwas zu ändern, zumal ein solcher Konflikt sowohl die Rohstoff- und Lebensmittellieferungen

46 Recht deutlich beschreibt dies der Leiter des erfolgreichsten Anwerbungsbüros der Freiwilligenarmee (in Odessa): Dmitrij V. Nenjukov: *Ot Mirovoj do Graždanskoj vojny. Vospominanija 1914–1920* [Vom Welt- zum Bürgerkrieg. Erinnerungen 1914–1920], Moskva 2014.

als auch die Pläne zur Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen und Ausbeutung der bereits unter Kontrolle stehenden Gebiete gefährdet hätte. Angesichts der zahlreichen Aufstände und der Unzufriedenheit der in den Untergrund gegangenen republikanischen Nationalisten bewaffnete Deutschland selbst einen dem Kaiserreich formal so loyalen Satelliten wie die Hetmansche Ukraine nur mit äußerster Vorsicht, musste aber zugleich für ein Gleichgewicht sorgen, um die Kosten und Risiken zu vermeiden, die es mit sich gebracht hätte, wenn die Besatzungskräfte allein für die Aufrechterhaltung der Ordnung hätten sorgen müssen. Zugleich sah sich Deutschland zunehmend mit Misstrauen und Unzufriedenheit vonseiten der Vertreter der neuen ukrainischen Staatlichkeit konfrontiert, die am 13. Februar 1918 selbst um „Befreiung“ gebeten hatten.

Die Bolschewiki waren ihrerseits weder in Finnland noch in der Ukraine noch in Georgien an einem großflächigen Krieg interessiert, der ihre Kräfte überstiegen hätte. Sie taten aber alles, um zu verhindern, dass die Loslösung dieser Territorien in den, mit den neu entstandenen Randstaaten geschlossenen Friedensverträgen fixiert wurde. Lenin und seine Mitstreiter waren sich bewusst, dass Deutschland auch weiterhin darauf hinarbeiten würde, alle besetzten Gebiete in der einen oder anderen Form an sich zu binden, versuchten aber insbesondere mit Blick auf das Baltikum und Transkaukasien, ihre Rechte auf die (nach den Bedingungen von Brest) nur vorübergehend abgetretenen Gebiete möglichst teuer zu verkaufen, und waren aus Gründen des innen- und außenpolitischen Prestiges zudem bestrebt, wenigstens einen Teil der im Zuge der Offensive vom 18. Februar bis 3. März verlorenen Territorien zurückzuerhalten. All ihre Hoffnungen, sich der von Deutschland ausgehenden Kriegsgefahr entledigen zu können, waren darauf ausgerichtet, die unter den Besatzungstruppen und insbesondere in den rückwärtigen Verbänden zu verzeichnenden Auflösungserscheinungen durch revolutionäre Propaganda zu befeuern, sodass vor allem Flugblätter, Diversion und internationalistische Agitatoren sowie die Weigerung, sich an die diplomatischen Gepflogenheiten und internationalen Normen zu halten, zum Einsatz kamen. Hinzu kam die Praxis, die deutschen Diplomaten durch den Hinweis unter Druck zu setzen, gegen das immer aktivere Vorgehen der Entente nichts ausrichten zu können, um direkte militärische Hilfe oder andere Zugeständnisse zu erlangen. In allen unter dem Einfluss Deutschlands stehenden Regionen verfolgten die Bolschewiki zudem das militärische Ziel, die im Zuge der Brester Verhandlungen abgespaltenen Randgebiete nach und nach zurückzugewinnen und Annexionen anschließend von Berlin anerkennen zu lassen. Dabei setzte Moskau vor allem darauf, dass die Zeit für es arbeiten würde.

So war davon auszugehen,

- dass sich die Lage in den Mittelmächten bzw. in Deutschland im Spätherbst und Winter dramatisch zuspitzen würde, was diese kompromissbereiter und weniger gefährlich machen würde;
- dass die Rote Armee in absehbarer Zukunft größere Schlagkraft entwickeln würde;
- dass sich in den deutschen Eliten die Ansicht durchsetzen würde, dass die Zusammenarbeit mit den Bolschewiki mehr Vorteile bot als die Zusammenarbeit mit den ehrgeizigeren, eine annähernd gleichberechtigte Partnerschaft fordernden Verbündeten (Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich, Ukraine, Finnland usw.).

Die Logik aller Juniorpartner des Systems lief darauf hinaus, den eigenen Vorteil zu maximieren, selbst wenn dies Konflikte mit den Partnern provozierte. Im Extremfall mussten sie sich natürlich dem Druck der Seniorpartner beugen, aber erst nach vorherigen Versuchen,

Zugeständnisse auszuhandeln. Je höher ein Akteur allerdings angesiedelt war, desto vielschichtiger waren sowohl die Motivlage als auch die zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen, weswegen es falsch wäre, ihre Handlungen allesamt auf diesen simplen Nenner zu bringen. Die Akteure der zweiten Kategorie waren vor allem daran interessiert, den Hegemon mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln daran zu hindern, die Reste ihrer politischen Eigenständigkeit insbesondere in außenpolitischen Fragen zu beschneiden. Während sie einerseits ihr eigenes Gewicht hervorhoben und ihre Sonderstellung innerhalb des Systems verwiesen, waren sie zugleich bestrebt, ihre Ressourcen im Kampf gegen die Entente an den lokalen, d.h. jedem von ihnen übertragenen Fronten möglichst zu schonen und alle schwere Gegenwehr wo immer möglich auf die Schultern Deutschlands bzw. Sowjetrusslands als Führern der jeweiligen Koalition zu laden. Besonders wünschenswert war es (sofern die frühere Außenpolitik dies zuließ), sich für neutral zu erklären, jeglichen offenen Bruch mit der Entente zu vermeiden und dabei möglichst viele legale Kontakte mit deren wichtigsten Vertretern oder wenigstens mit den USA zu bewahren.

Die Akteure der dritten Kategorie hatten den Anspruch, ihr Recht auf innenpolitische Selbstbestimmung zu wahren oder wenigstens ihren Staatsaufbau selbständig bestimmen zu dürfen. Dafür brauchten sie eine eigene „nationale“, wenn auch von Beratern der Anführer der Koalition kontrollierte und ausgebildete Armee, möglichst eine eigene Währung, einen eigenen Haushalt und eigene Zollbehörden, um eine nützliche Rolle als Vermittler im internationalen Handel spielen zu können.

Die Akteure der vierten Kategorie wiederum, die nur bedingt als eigenständige Akteure zu betrachten sind (Litauischer Staatsrat,⁴⁷ Belarussische Volksrepublik, Union der Bergvölker des Nordkaukasus, Aserbaidžan⁴⁸ usw.) strebten vor allem die offizielle diplomatische Anerkennung wenigstens durch die Seniorpartner der eigenen Koalition und mittelfristig auch durch die Hauptakteure der Gegenseite an. Auffällig ist, dass der von den jeweiligen Koalitionsführern ausgehende Druck annähernd gleich war, auch wenn Deutschland und Sowjetrussland dabei unterschiedliche Prioritäten setzten: Während sich Berlin eher um Handelsbeziehungen und die Kontrolle über die Armeen sorgte, interessierte sich Moskau vor allem für Fragen der Ideologie und Gesellschaftsordnung seiner Satelliten. Beide schreckten nie davor zurück, sich im Konfliktfall durch die Entsendung von Sonderemissären oder gegebenenfalls auch Expeditionskorps aktiv einzumischen.

Ungeachtet der oben genannten Motive und einer bestimmten aus der Struktur des Systems folgenden Interessengleichheit wurde die Stabilität der Brester Ordnung von Anfang

47 Auch wenn die Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens durch den deutschen Kaiser am 23. März 1918 erfolgte, war bis November 1918 weder eine Zunahme der Selbstständigkeit des Landes noch der Beginn des staatlichen Aufbaus zu verzeichnen. Die deutsche Besatzung des größten Teils des Territoriums hielt bis mindestens Juli 1919 an. Siehe ausführlicher: Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1977, S. 526-534; Bienhold, Entstehung des litauischen Staates (wie Anm. 5), S. 129-232. Nichtsdestotrotz war eine Tendenz zum Aufstieg Litauens innerhalb des Brester Systems auf die Stufe Polens oder Finnlands offensichtlich.

48 Selbstverständlich ist es in den nationalen Geschichtsschreibungen üblich, das militärische Potential solcher Akteure anders einzuschätzen. Siehe z.B.: Azerbajdžanskaja Demokratičeskaja Respublika (1918–1920). Armija (Dokumenty i materialy) [Die Aserbaidžanische Demokratische Republik (1918–1920). Die Armee (Dokumente und Materialien)], Baku 1998. Siehe auch: Michail A. Volchonskij, Vadim M. Muchanov: Po sledam Azerbajdžanskoj Demokratičeskaj Respubliki [Auf den Spuren der Aserbaidžanischen Demokratischen Republik], Moskva 2007.

durch unüberwindliche Gegensätze und Widersprüche untergraben, auch wenn die Hauptakteure dies stark unterschätzten und zuweilen auch schlicht ignorierten. Zu einem großen Teil waren diese Widersprüche im Brester System selbst angelegt, sodass alle Lösungsversuche das gesamte System infrage stellen mussten und die im System festgehaltenen Kräfteverhältnisse in einer Weise verschoben hätten, die selbst für die Hauptakteure spürbar gewesen wäre. Vor diesem Hintergrund hätten diese grundlegenden Konstruktionsfehler des Systems allenfalls mittelfristig behoben werden können. Da allerdings praktisch alle Akteure davon ausgingen, dass es nicht langfristig bestehen würde und prinzipiell instabil sei, versuchten sie entweder, vor diesen Problemen die Augen zu verschließen, oder agierten unsystematisch von Fall zu Fall und gingen nur gegen die Symptome, nicht aber gegen die Ursachen vor. Um sich nicht lange mit den Symptomen aufzuhalten, soll im Folgenden eine möglichst vollständige Aufstellung der Ursachen vorgenommen werden:

Eine Besonderheit des Brester Systems bestand darin, dass es im westlichen und südlichen Randgebiet Sowjetrusslands keine historisch gewachsenen oder anderweitig begründbaren Grenzen gab bzw. auf deren Bestimmung bewusst verzichtet wurde. Alle Seiten beriefen sich bei der willkürlichen Grenzziehung auf ihre nationalen Interessen oder auf die ethnische Bevölkerungszusammensetzung. Dadurch waren endlose Gebietsstreitigkeiten programmiert, die sich durch diplomatische Argumente und Vermittlertätigkeit zwischen den Nachfolgestaaten des Russischen Reichs nicht aus der Welt schaffen ließen, sondern nur durch das Diktat der Hauptakteure und vor allem des Hegemons entschieden werden konnten.

Für beide Hauptakteure war die Zusammenarbeit (und umso mehr jeglicher Kompromiss) mit dem jeweils anderen mit erheblichen negativen innenpolitischen Folgen verbunden. Die Partnerschaft des am Rande der Militärdiktatur stehenden deutschen Kaiserreichs und des zum Massenterror übergehenden „proletarischen Staats“ war ideologisch gesehen ein Ding der Unmöglichkeit. Zudem war es nahezu ausgeschlossen, dass die in den Nachfolgestaaten des Russischen Reichs regierenden (wenigstens nach außen) ausgeprägt nationalistischen Regime einen stabilen Frieden mit ihrem früheren Mutterland schlossen.

Der allgemeine, durch den Krieg und gegenseitige Konfiskationsmaßnahmen bedingte finanzielle Zusammenbruch wurde durch das Problem verschärft, den früheren Besitz des Russischen Reiches (und später auch aller anderen betroffenen Reiche), die Goldreserven sowie die Schulden aufzuteilen und Handelsnormen sowie den Umbau des zuvor einheitlichen Wirtschaftsraums auszuhandeln, zumal auf einem erheblichen Teil dieses Raums beispiellose sozial-ökonomische Experimente mit katastrophalen humanitären Folgen durchgeführt wurden.

Ähnlich problematisch gestalteten sich die mit der Überwindung der kriegsbedingten Zerstörungen, der Wiedererrichtung des Transportwesens und der Wiederaufnahme des durch die Frontlinien zerschnittenen kulturellen Dialogs und Austauschs verbundenen Aufgaben. Die Regierungen der neu entstandenen Staaten beschränkten ihre diesbezüglichen Anstrengungen in der Regel ausschließlich auf das ihnen unterstellte Territorium und strebten eine Reintegration des zuvor einheitlichen Raums nicht nur nicht an, sondern waren im Gegenteil bemüht, die Spaltung noch zu vertiefen. Auch wenn dies den Interessen der Hauptakteure des Systems zuwiderlief, waren diese nicht in der Lage, auf gewaltsame Weise dagegen vorzugehen.

Vor dem Hintergrund einer ohnehin angespannten humanitären Lage wurde nach dem Friedensschluss das explosionsartige Anwachsen der durch die Rückkehr von Kriegsgefan-

genen, Flüchtlingen, Evakuierten und Politemigranten bedingten Migrationsströme zu einem akuten Problem. Da alle Akteure bestrebt waren, die eigenen menschlichen Ressourcen maximal auszuweiten, führte diese Situation unweigerlich zu einem Feilschen um das Schicksal von Zivilisten, Verhafteten, Geiseln oder Internierten. Verschärft wurde das Problem durch den Umstand, dass die Kriegsgefangenen in den ausbrechenden sozialen und nationalen Konflikten eine der wichtigsten militärischen Ressourcen darstellten.

Jegliche Anstrengungen, das System zu vereinfachen, stießen unweigerlich auf das Problem, dass eigentlich keiner der Beteiligten davon ausging, dass das Brester System auch nur mittelfristig Bestand haben werde. Bezeichnenderweise galt dies sowohl für die Hauptakteure des Systems, die zumindest an einer Stabilisierung interessiert waren, als auch für die von diesem System hervorgebrachten kleineren Akteure (wie vor allem die Ukrainische Volksrepublik bzw. den Ukrainischen Staat), für die das Fortbestehen des Brester Systems die einzige Chance darstellte, (wenigstens formal) selbstständig zu existieren, da das Ende der Brester Ordnung für diese unweigerlich darauf hinausgelaufen wäre, an den einen oder anderen Block angeschlossen zu werden, was sich dann in den Jahren 1919 bis 1921 bzw. 1938 bis 1940 auch bestätigen sollte.

Die Durchführung einer mehr oder weniger konsequenten und von den verschiedenen Akteuren koordinierten Politik war nicht zuletzt deshalb zum Scheitern verurteilt, weil es an den dafür benötigten personellen und technischen Voraussetzungen fehlte. Selbst bei den an den konventionellen Vorkriegsformen der Staatsführung festhaltenden Mittelmächten kam es zu zahlreichen Kompetenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Stellen, persönlichen Konflikten, Regierungsskandalen und Rücktritten, die die fachliche Kompetenz nicht nur der Ausführenden, sondern auch der höchsten Entscheidungsträger merklich absinken ließen. In den Nachfolgestaaten des Russischen Reichs und in Sowjetrussland wurde die Situation durch politische Repressionen und unterschiedlich erfolgreiche Staatsstrieche verschärft. In vielen Fällen spielten auch kriegsbedingte psychologische Erschöpfung, Festhalten an alten Denkmustern oder die zwischen den Verantwortlichen bestehenden erheblichen Altersunterschiede eine Rolle (vom 75-jährigen Grafen von Hertling bis zum 33-jährigen Vsevolod Holubovyč). Hinzu kam, dass eine schnelle Informationsübermittlung infolge des revolutionären Chaos und der zerstörten Infrastruktur kaum möglich war, was es wiederum praktisch unmöglich machte, umgehend auf die sich schnell verändernde unübersichtliche Lage zu reagieren, eingehende Informationen zu prüfen und korrekt zu analysieren, relevante Schlüsse zu ziehen und erst recht Prognosen zu treffen.

Die Ausweitung und ständige Restrukturierung des Brester Systems sollte dazu führen, dass einerseits einige frühere Akteure der vierten Kategorie zu Akteuren der dritten Kategorie aufstiegen, andererseits aber auch zahlreiche andere Projekte der Hauptakteure fallen gelassen und zum Teil auch militärisch beseitigt wurden. Da die Akteure der vierten Kategorie allerdings nicht selten von größeren nationalen oder sozialen Bewegungen getragen wurden, entstanden sie oft in neuer Form wieder und versuchten sich umzuorientieren, um der erneuten Liquidierung auf Weisung Berlins, Moskaus, Wiens oder Konstantinopels zu entgehen. Das Brester System bot ihnen die Perspektive zu wachsen und nutzte zugleich das ebenso gewaltige wie formbare Potential dieser elementaren Protestbewegungen. Gerade dadurch wirkte das Brester System noch über sein Ende hinaus lange fort. So dauerte es bis zu den Verträgen von Riga und Moskau (1921) bzw. sogar bis zum Rapallovertrag (April 1922), das entstandene Chaos der einzelnen Kräfte und Akteure so zu ordnen, dass ein sta-

biles System von einander anerkennenden Staaten entstand.⁴⁹ In der Konsequenz bedeutete dies, dass die Abwicklung des Brester Systems letztlich mehr Zeit in Anspruch nahm als sein Aufbau.

So können die oben beschriebenen Besonderheiten, Mängel und Widersprüche des offiziell nicht einmal ein Jahr (vom 9. Februar/3. März – 11./13. November 1918) bestehenden Brester Systems nicht nur über die Nuancen seiner Entwicklung bzw. Fehlentwicklung Aufschluss geben, sondern auch helfen, seine Folgen und sogar mögliche Alternativen aufzuzeigen. So war das Brester System zweifellos mehr als bloß eine weitere Stufe der humanitären Katastrophe, die den Krieg an der Ostfront letztlich nicht beendete, sondern im Gegenteil sogar großen Anteil daran hatte, eine ganze Reihe neuer Konflikte entstehen zu lassen. Auch wenn kaum davon auszugehen ist, dass sich die das Brester System begleitende Dauerkrise allein auf die folgenschweren Fehler und Vorurteile einzelner Politiker, Diplomaten oder Militärvertreter (auf beliebiger Seite) zurückführen lässt, ist es auf der anderen Seite nicht weniger unangebracht, die subjektiven Faktoren im Namen einer, Anspruch auf völlige Objektivität erhebenden Analysemethode (in erster Linie der marxistischen) gänzlich auszublenden. Selbst die Aufzählung aller dem Brester System innewohnenden Mängel und ausführliche Darlegung der Gründe für seine fehlende Stabilität sollten nicht den Blick darauf verstellen, dass das Brester System alles andere als folgenlos blieb und sicherlich mehr war als lediglich Ausdruck einer vorübergehenden Stärke bzw. Schwäche Deutschlands und Sowjetrusslands. Die Vereinbarungen, die in den Brester Verträgen und den anderen im Rahmen des Brester Systems geschlossenen Abkommen enthalten waren, hinterließen in der internationalen Politik eine Spur, die noch Jahrzehnte später nachwirken sollte, legten die Grundlage für die heutige politische Landkarte Osteuropas und wurden zu einem der ersten praktischen Testfälle jener neuen Prinzipien und Lösungen in Politik und Diplomatie, deren Resultate bedauerlicherweise längst nicht sofort und längst nicht von allen berücksichtigt wurden. Dieser Umstand sowie die Notwendigkeit, die seit einem Jahrhundert wirksamen schablonenhaften Deutungen unterschiedlicher Färbung zu überwinden, sollten den Anstoß zu einer Neubewertung des Brester Systems geben, das eine Reihe auch heute noch aktueller internationaler Probleme hervorgebracht hat.

Aus dem Russischen übersetzt von Lars Nehrhoff, Köln

Summary

The individual treaties and agreements concluded between Germany and its allies, the various successor states of the Russian Empire and Romania as well as between the Central Powers in 1917/18 are doubtlessly all connected to each other. There is much to be said for considering all of them together as one standardised system for the international relations, which had to be regulated after the start of the armistice negotiations in Brest-Litovsk. The development of this system was characterised by the partly chaotic shifts in the balance of powers in the territory of the former Russian Empire as well as the ever-changing course of the First World War and the ongoing crisis resulting from it. The use of the term „Brest

49 Was Reichskanzler Max von Baden aktiv förderte. Siehe: Baumgart, Deutsche Ostpolitik (wie Anm. 22), S. 350-365.

System“ has not been established in historical science for the time being, just as the entire Brest order has only rarely been analysed as a coherent system. Even though it may seem that the Brest System had only a regional impact limited to Eastern Europe, it did however bear the seed for a future global order. Significantly, it was not only Germany and Soviet Russia as the hegemon and the second key player respectively, but also the other important actors, who were interested in its development and made efforts in that respect (at least subject to the condition of achieving corrections in their own interest). It makes sense to establish an order in the hierarchy of the individual players, based on which the structure of the Brest System can be traced. Even a record of all the inherent flaws of the Brest System and the detailed explanation for its lack of stability should not obscure the fact that the Brest System remained anything but without consequences and that it was certainly more than just the mere expression of temporary strength and weakness on part of Germany and Soviet Russia respectively. The system was dismantled due to the breakdown of the Central Powers, the continued war activities under new conditions after the end of the First World War and a series of revolutions in European countries with even more chaotic circumstances. The most obvious sign of the breakdown of the Brest System was that the intervention powers, defeated during the war, withdrew from the occupied territories between the end of 1918 and the summer of 1919 and as a result the countries of the Entente increasingly interfered in the war which continued in the area of the former Russian Empire. During the years 1920 to 1922 the Brest System still had an indirect impact particularly in Eastern Europe, until the German-Russian relations were put on a fundamentally new footing within the framework of the Rapallo Treaty of 16. April 1922.